

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rummischen Platz 2.

Inserate für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Bergnügungsanzeigen und Ebelverrentigungen 80 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Die Staatshoheit im Kampfe gegen die Volksfürsorge.

wk. Nachdem sich die herrschenden Gewalten seit einem halben Jahrhundert vergebens abgemüht haben, die moderne Arbeiterbewegung auszurotten, könnte man erwarten, daß sie das Erbliche ihrer bisherigen Kampfweise allmählich einsehen. Je heftiger der Polizeikampf gegen die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterorganisationen geführt wurde, um so mehr erstarrten diese. Mancher Staatsanwalt, mancher Polizeidirektor und Polizeiminister hat zum Wachstum unserer Bewegung mehr beigetragen als der tüchtigste unserer Agitatoren. Die Herrschaften lernen aber nichts aus ihren Erfahrungen. Eifriger als je suchen sie in neuerer Zeit nach polizeilichen Mitteln, mit denen sie die unheimlichen Organisationen der Arbeiter zwicken und zwacken können. Mit größter Heftigkeit hat der Kampf gegen die freie Jugendbewegung eingesetzt. Man bildet sich ein, dadurch, daß man diese Vereinigungen für politisch erklärt und auflöst, die Proletarierjugend reiflos für den Jungdeutsches Landbund, den Kriegerverband der jungen Leute, gewonnen zu haben. Man glaubt ferner, den Gewerkschaften einen empfindlichen Schlag zu versetzen, indem man auch sie zu politischen Vereinen im Sinne des Reichsvereinsgesetzes stempelt und den Scherereien und Placereien unterwirft, denen in Preußen-Deutschland unbedeutende politische Vereine ausgesetzt sind. Man sucht auf dem Wege der Polizeiverordnung den Arbeitern das gesetzlich gesicherte Recht des Streikpostens zu eskamotieren und hofft, damit den Kampf der Arbeiter um bessere Existenzbedingungen unterbinden zu haben. Die Staatsretter dieses Kalibers gleichen dem Schwarzwaldbäuerlein, das die Donauquelle mit der Faust verstopfte und pfiffig rief: Wie werden die Wiener jetzt schau'n, wann die Donau nicht mehr kommt!

Daß die Staatsmänner unserer Tage immer noch der Meinung sind, mit der seit Jahrzehnten angewandten Taktik Geschäfte machen zu können, beweist ihr Vorgehen gegen die Volksfürsorge. In den breitesten Schichten des deutschen Volkes ist man sich darüber einig, daß die Volksversicherung, wie sie von den privaten Lebensversicherungsgesellschaften betrieben wird, den vom Standpunkt der Versicherungsnehmer zu stellenden Anforderungen nicht genügt. Die Aktionäre und Direktoren dieser Gesellschaften stecken fabelhafte Gewinne ein, den Versicherten aber wird, besonders wenn unvorhergesehenes Mißgeschick, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit hereinbricht, gewissermaßen das Fell über die Ohren gezogen. Die Konsumgenossenschaften und die Gewerkschaften haben daher gemeinsam die Volksfürsorge ins Leben gerufen, die die denkbar beste Versicherung bei niedriger Prämienzahlung bietet und jeden Gewinn irgendwelcher Art ihren Versicherten wieder zugute kommen läßt. Stünde die Regierung des Deutschen Reiches wirklich über den Parteien und Klassen, wie sie oft behauptet, so hätte der Minister für Sozialpolitik nichts Wichtigeres zu tun haben dürfen, als dieser Neugründung der Arbeiterschaft, die dem Gemeinwohl dient und bestehenden schweren Mißständen einen Damm setzt, die Bahn zu ihrer Entwicklung freizumachen. Wußte doch eben dieser Minister für Sozialpolitik, Staatssekretär Dr. Delbrück, im Kreuzfeuer des Reichstages selbst zugeben, daß es sich um ein „nützliches und wohlthätiges Unternehmen“ handle. Was aber geschah, als die Volksfürsorge im Begriffe war, ins Leben zu treten? Die Reichstagsagung vom 15. Mai d. J., in welcher der Abg. Scheidemann mit einigen bedeutenden Altgenossen aufwartete, hat Klarheit darüber gebracht.

Sofort wurde die Volksfürsorge als eine „sozialdemokratische“ Gründung denunziert, womit das Signal zur schärfsten Hege gegen dieselbe gegeben war. Einer der lautesten Rufer im Streit war der Generallandschaftsdirektor, Oberregierungsrat Rapp, der Leiter der „Öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalt“. Schon in seinem Jahresbericht für 1912 hat dieser Herr behauptet, die Volksfürsorge werde die von ihr geliebte Hypothek jedem kündigen, der nicht sozialdemokratisch wähle, und die Gelder der Versicherten zur Belohnung der Anhänger der Sozialdemokratie verwenden. Als die „Volksfürsorge“ gegen diese Verleumdung die Gerichte anrief, erklärte der preussische Landwirtschaftsminister als Vorgesetzter Rapps dessen Handlungen für Akte der Staatshoheit, die der Entscheidung der Gerichte nicht unterstünden. Das Gericht stimmte die, an Einwand zu und verweigerte damit der Volksfürsorge jeden Schuß. Bald darauf konnte öffentlich festgestellt werden, daß Rapp selbst das tat, was er fälschlicherweise der Volksfürsorge zum Vorwurf machte. Aus den Mitteln der von Rapp geleiteten Öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalt erhält der Hauptarbeitsausschuß der Wirtschaftsfriedlichen (das ist

die Zentrale der G e l b e n!) eine Unterstützung von jährlich 15 000 Mk.!

Dieser selbe Oberregierungsrat Rapp ließ nun weiter alle Mienen springen, um die „Volksfürsorge“ im Keime zu ersticken. In einem Bericht an das Plenarkollegium der Ostpreussischen Landschaft und an den preussischen Minister des Innern muß er zwar zugeben, daß „das Verlangen der Arbeiterschaft nach einer zweckmäßig arbeitenden, ihren Interessen gerecht werdenden Volksversicherung einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht und durchaus unterstützt werden muß“. Trotzdem verlangt er, daß der von ihm als „sachlich durchaus begründet“ bezeichnete Plan der Gewerkschaften „unter allen Umständen verhindert“ werde. Er schlägt daher vor, aus den versicherungstechnischen Unterlagen des Unternehmers die Gründe zur Versagung seiner Zulassung herzuleiten oder diese doch wenigstens solange als möglich hinauszuschleben.

Die Verweigerung der Genehmigung war nun beim besten Willen nicht möglich. So machte sich denn der preussische Minister des Innern, v. Dallwitz, daran, ein Gegenunternehmen zu gründen. Der „unpolitische“ Deutsche Kriegerbund wurde von ihm dazu erwählt, eine Versicherung zu schaffen, in welche die Angestellten staatlicher Werke, Betriebswerkstätten und Verwaltungen sowie die Angehörigen von auf vaterländischem Boden stehenden Vereinen im Wege der Vereinbarung mit den staatlichen Verwaltungen und der betreffenden Vereine hineingepreßt werden sollen. Offen entwickelt Herr v. Dallwitz diesen Plan in einem Brief an den Reichskanzler vom 15. November 1912, in dem er erstreut berichtet, daß der Vorsitzende des Deutschen Kriegerbundes, Generaloberst und Generaladjutant des Kaisers, v. Lindequist, auf dem Ruffhauertag mit großer Wärme für denselben eingetreten sei. Dallwitz wünscht vom Reichskanzler, er möge veranlassen, daß die Genehmigung der notwendigen Satzungsänderung der Lebensversicherungsanstalt des Deutschen Kriegerbundes „unverzüglich“ erfolgt, während Rapp die Volksfürsorge zu verbieten oder wenigstens deren Genehmigung hinauszuschleben verlangt hat!

Darauf sieht sich der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär D e l b r ü c k zu einer Art Entschuldigung bei Herrn v. Dallwitz genötigt. Die Vorschläge und Pläne zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksfürsorge, die sämtlich auf staatliche Förderung rechnen, seien so zahlreich aufgetaucht, daß ihre Prüfung Zeit erfordere. Er beruft die sämtlichen Staatsminister und die Chefs der beteiligten Reichsämter zu einer Sitzung auf den 4. Dezember 1912 ein, wo die Verständigung gefunden werden soll.

Soweit der interessante Briefwechsel, der wohl kaum für die Öffentlichkeit bestimmt war. Trotz aller Bemühungen konnte das Entstehen der Volksfürsorge nicht verhindert werden. Delbrück erklärte im Reichstag, er persönlich sei zu der Entscheidung gekommen, daß das Gesetz keine Handhabe biete, die Gründung der Volksfürsorge zu verhindern. Die Sachlage ist also die: die einflussreichsten Kreise bieten alles auf, damit der Volksfürsorge die Genehmigung verlagert werde. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, muß trotzdem die Genehmigung erteilen, weil er sich sonst einer groben Beugung des Rechts schuldig machen würde. Die Volksfürsorge beruht also auf der denkbar einwandfreiesten gesetzlichen Grundlage. Sie ist, wie Herr Delbrück anerkennt, ein nützliches und wohlthätiges Unternehmen. Und doch beteiligt sich Herr Delbrück, gleich dem preussischen Minister des Innern, an den Machenschaften zur Bekämpfung dieses wohlthätigen Unternehmens. Was tut der Minister für Sozialpolitik, der jubeln mußte darüber, daß die Arbeiter aus eigener Kraft und auf solider Grundlage eine Sicherung der Existenz ihrer Familie zu erreichen suchen. Zu seiner Entschuldigung wußte er nur zu sagen, das Mißtrauen gegen die Volksfürsorge sei darin begründet, daß die Sozialdemokratie sich nicht frei machen könne von der Verquickung ihrer politischen Bestrebungen mit ihren wirtschaftlichen Unternehmungen. Er konnte aber nicht den Schein eines Beweises dafür beibringen, daß die Volksfürsorge irgendwelchen parteipolitischen Charakter trägt. Sie dient lediglich dem Zweck, den Arbeitern eine solide Versicherungsgelegenheit zu bieten. Von ihren Leitern, soweit sie Sozialdemokraten sind, kann niemand verlangen, daß sie ihre politische Ueberzeugung ablegen, die sie nur außerhalb der Volksfürsorge betätigen. Oder legen etwa die Mitglieder des deutschen Landwirtschaftsrats, die Mitglieder der Handels-, der Handwerkskammern usw. ihre politische Ueberzeugung ab?

Nicht die Verquickung der Parteipolitik mit der Volksfürsorge ist das Motiv der Bekämpfung der letzteren durch die Regierungsorgane. Nein, diese Bekämpfung entspringt

dem in Deutschland eingewurzeltel elenden System, politisch mißliebige Gesinnungen, besonders bei der Arbeiterschaft, mit allen Mitteln auf Schritt und Tritt zu verfolgen. Dieses System ist den Vertretern der herrschenden Schichten so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie diese Gesinnungen auch auf Gebieten glauben verfolgen zu sollen, auf denen sie gar nicht geäußert und brätigt werden. Daher der Kampf gegen die Volksfürsorge, daher auch der Versuch, die Gewerkschaften für politisch zu erklären. Unsere Antwort auf diesen Kampf lautet: Hinein in die Volksfürsorge! Hinein in die Gewerkschaften!

## Wirtschaftliche Monatschau.

April.

Die Anzeichen dafür, daß der Tiefstand der Konjunktur überschritten ist, mehren sich. Vor allem zeigt der Arbeitsmarkt eine fortgesetzte Besserung. Von stottem Geschäftsgang kann allerdings, wenn man Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt vergleicht, noch keine Rede sein, aber nach den Berichten der Arbeitsnachweise geht der Andrang zurück und der Monat April zeigte zum ersten Male eine, wenn auch nur geringe Verminderung der Andrangsziffer gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt kamen nach den Berichten der Arbeitsnachweise auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 126,5 Arbeitsuchende gegen 127,0 im April 1913. Das ist allerdings nur eine Besserung um 0,5 Prozent; die Bedeutung dieser Zahl tritt aber deutlicher in Erscheinung, wenn man in Betracht zieht, daß die Andrangsziffer im März von 118,9 im Jahre 1913 auf 137,2 im Jahre 1914 gestiegen war. Mit den Berichten der Arbeitsnachweise stimmen die Nachrichten über den Geschäftsgang in den einzelnen Industriezweigen überein. Wichtig ist hierbei insbesondere der lebhaftere Geschäftsgang im Baugewerbe. Das gilt allerdings nur im Vergleich zu den letzten Jahren, in welchen das Baugewerbe völlig darnieder gelegen hat. Eine so flotte Bauzeit, wie etwa im Jahre 1911, ist noch nicht zu erwarten.

Wertwürdig erscheint die Entwicklung des Außenhandels. In den Monaten, in welchen die Arbeitslosigkeit einen außergewöhnlich großen Umfang angenommen hatte, zeigte der Außenhandel eine recht befriedigende Entwicklung, was im Verein mit anderen Momenten manche Kritiker des Wirtschaftslebens veranlaßte, trotz der ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes eine Fortdauer der Hochkonjunktur zu konstatieren und allenfalls nur eine vorübergehende, schwache Abflauung zuzugeben. Jetzt, wo die Lage am Arbeitsmarkt besser wird, zeigt der Außenhandel eine rückläufige Bewegung. Die Einfuhr betrug im April 59 818 184 Doppelzentner gegen 61 035 164 Doppelzentner im April 1913, und in den ersten vier Monaten ging die Einfuhrmenge von 220 497 679 Doppelzentner im Jahre 1913 auf 213 804 492 Doppelzentner im Jahre 1914 zurück. Die Ausfuhr hatte in den ersten drei Monaten noch eine kleine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erfahren, im April blieb sie jedoch beträchtlich hinter dem Vergleichsmonat des Vorjahres zurück. Im April 1913 waren 64 447 347 Doppelzentner ausgeführt worden, im April 1914 aber nur 61 731 137 Doppelzentner. Dementsprechend zeigt auch die Ausfuhr in den ersten vier Monaten des Jahres einen Rückgang, und zwar von 245 325 734 Doppelzentner auf 242 997 168 Doppelzentner.

Für die Beurteilung der Wirtschaftslage wichtig ist eine kürzlich vom Kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlichte Statistik über die Entwicklung der Großhandelspreise wichtiger Waren in den Jahren 1894 bis 1913. Da auch die von der gleichen Stelle festgestellten Preisnotierungen für den Monat April 1914 bereits vorliegen, sind einige Anhaltspunkte für die Berechnung der in den letzten 20 Jahren eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung gegeben. In welchem Maße die Preise in die Höhe gegangen sind, ergibt sich aus den nachstehenden Posten. Der durchschnittliche Preis betrug in Mark:

	1894	1904	Steigerung seit 1894 in Prozent.
Roggen (Berlin) . . . 1000 kg	117,8	159,56	35,45
Weizen " " " " " "	136,1	195,61	42,26
Hafer " " " " " "	131,2	152,56	16,28
Mais (Hamburg) . . . 1000 "	98,6	112,50	14,10
Gerste (Posen) . . . 1000 "	119,7	155,—	27,82
Speisekartoffeln . . . 1000 "	27,6	35,—	26,81
Butter " " " " " " 1 Dqr.	206,1	241,80	17,32
Schlachtvieh, Ochsen 1 "	118,9	163,25	37,30
" " Schweine 1 "	101,8	144,33	41,76

Diese Liste ließe sich noch beliebig verlängern. Bei allen Lebensbedürfnissen ist eine sehr große Preissteigerung eingetreten. Dabei will es wenig befremden, daß der Zudeckungsgrad um 20,04 Prozent zurückgegangen ist. Um so stärker ist die Preiserhöhung bei den Rohstoffen für die Bekleidungsgegenstände. Wolle ist um 57,05 Prozent, Baumwolle um 78,18 Prozent und Ochs- und Kuhhäute gar um 101,06 Prozent im Preise gestiegen. Wenn man von der Steigerung der Löhne spricht, darf man, wie das nur zu oft geschieht, die Steigerung der Preise der Lebensbedürfnisse, für welche die hier mitgeteilten Zahlen einen kleinen Anhalt geben, nicht aus dem Auge lassen.

Wie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, so hat auch für den Arbeitsmarkt in der Holzindustrie der Monat April eine Besserung gebracht, die sich hier sogar noch deutlicher ausprägt. Auf je 100 offene Stellen kamen durchschnittlich 178,8 Arbeitsuchende gegen 184,7 im März und 213,3 im April vorigen Jahres. Diese Andrangsziffer ist immer noch ziemlich hoch, wie sich aus einem Vergleich mit früheren Jahren ergibt; sie betrug jeweils im Monat April: 1910 = 160,8, 1911 = 156,6, 1912 = 169,8, und war, wie erwähnt, 1913 auf 213,3 gestiegen. Gegenüber dem Stand vom Vorjahre bedeutet aber die diesjährige Andrangsziffer im April eine bedeutende Verbesserung, die um so mehr ins Gewicht fällt, als in diesem Jahre der Andrang bei den Arbeitsnachweisen im April schwächer geworden ist, als er im März war, während in den letzten Jahren durchgängig der April gegenüber dem Vormonat einen gesteigerten Andrang gebracht hatte. In Übereinstimmung mit dieser Arbeitsnachweistatistik befindet sich auch das Ergebnis der Arbeitslosen zählung im Verband. Am Schluß des Monats April waren 3,98 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos gegen 4,77 Prozent Ende März und 4,68 Prozent Ende April vorigen Jahres.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie hat sich also schon merklich gebessert, wenn sie auch noch lange nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Das bezeugen auch die Berichte über den Beschäftigungsgrad in den namhaften Betrieben der einzelnen Branchen. Hierbei wird man freilich in Betracht ziehen müssen, daß die guten Noten in der Regel nur relativ zu verstehen sind. Ein Betrieb, der im Verhältnis zum vorigen Jahre sehr gut beschäftigt ist, braucht deshalb, absolut genommen, noch lange nicht gut beschäftigt zu sein. Für den Monat April lagen aus 63 Möbelfabriken, die 10896 Arbeiter beschäftigen, Berichte vor, von denen 36 den Geschäftsgang als gut und sehr gut bezeichnen, in 18 Betrieben war er befriedigend und in neun schlecht. Von den sieben der Berichtserstattung angeschlossenen Nähmaschinenfabriken wird der Geschäftsgang übereinstimmend als befriedigend bezeichnet. Aus Rinderwagen- und Sportwagenfabriken liegen Berichte aus zwei Betrieben mit 872 beschäftigten Holzarbeitern vor. Der eine Betrieb ist gut, der andere sehr gut beschäftigt. Von 18 Klavierfabriken mit 5349 Arbeitern berichten acht über guten und sehr guten Geschäftsgang; in acht Betrieben war der Geschäftsgang befriedigend, in zweien schlecht. Aus sechs Waggonfabriken mit 1869 beschäftigten Holzarbeitern liegen Berichte vor, von welchen drei guten und sehr guten, drei befriedigenden Geschäftsgang melden. Von acht Werften mit 3506 Holzarbeitern waren zwei befriedigend, die anderen gut und sehr gut beschäftigt. In der Bürsten- und Pinselindustrie, aus der Berichte über 10 Betriebe mit 3430

Arbeitern vorliegen, gestaltete sich der Beschäftigungsgrad ungleichmäßig. Drei Betriebe waren schlecht, einer befriedigend, die anderen aber gut und sehr gut beschäftigt.

Die Unternehmungslust in der Holzindustrie war auch im April noch recht matt. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden 2766 130 Mk. neuinvestiert gegen 6489 900 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den Neuinvestitionen entfallen 2266 000 Mk. auf 34 Neugründungen, wobei es sich häufig nur um die Umwandlung bestehender Betriebe in Gesellschaften mit beschränkter Haftung handelt. Kapitalserhöhungen haben fünf Gesellschaften in Gesamthöhe von 500 180 Mk. vorgenommen. Von den im April erfolgten Neugründungen seien genannt: S. Droste u. Ottensmeyer, A.-G. in Melbergen bei Deynhausen, Möbelfabrik und Holzhandel. Dem Vorstand gehören an Heinrich Droste und Friedrich Ottensmeyer. Das Grundkapital beträgt 1 000 000 Mk. — Cla. u. Wille G. m. b. H. in Straßburg-Grüneberg, Fabrikation von Laden- und Schaufenstereinrichtungen und von Möbeln. Geschäftsführer: Franz Wille. Stammkapital 55 000 Mk. — Hamburger Handwerkskunst G. m. b. H. in Hamburg. Geschäftsführer: Alfred Sachs. Stammkapital 23 000 Mk. — Rinderwagenfabrik Britannia, Schenkel u. Reil G. m. b. H. in Bonn. Geschäftsführer: Christian Reil. Stammkapital 20 000 Mk. — Eine Kapitalserhöhung ist erfolgt bei der Badischen Holzwerkzeugfabrik A.-G. vorm. Otto Mainzer u. Cie. in Doss, und zwar um 65 000 Mk. — Die Parkettfabriken Rosenheim-Langenargen A.-G. in Langenargen haben ihr Grundkapital von 500 000 Mk. auf 900 000 Mk. erhöht.

Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz hat, wie in den Vormonaten, so auch im April einen Rückgang erfahren. Es wurden 2 951 701 Doppelzentner im Werte von 16 147 000 Mk. eingeführt gegen 3 112 111 Doppelzentner im Werte von 17 473 000 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres. In den ersten vier Monaten des Jahres ist die Einfuhr der Menge noch um 9,70, dem Werte nach um 10,63 Prozent zurückgegangen. Von diesem Rückgang ist hauptsächlich Nadel- und Eichenholz betroffen, während andere Holzarten, insbesondere Buchenholz sowie auch Grubenholz eine nicht unwesentliche Steigerung der Einfuhr aufweisen. Auch die Ausfuhr von Holzwaren hat im April, was die Menge anlangt, einen kleinen Rückgang erlitten, doch übersteigt die Ausfuhr in den ersten vier Monaten noch die in der Vergleichszeit des Vorjahres. Im April wurden 69 338 Doppelzentner im Werte von 6 309 000 Mark ausgeführt, gegen 70 372 Doppelzentner im Werte von 6 184 000 Mk. im April vorigen Jahres. Die Ausfuhr in Besen, Pinseln, Bürsten usw. betrug im April 2502 Doppelzentner im Werte von 985 000 Mk. gegen 2907 Doppelzentner im Werte von 1 180 000 Mk. im April des Vorjahres. Die Ausfuhr an Klavieren, Harmoniums usw. betrug in den ersten vier Monaten dieses Jahres 62 260 Doppelzentner gegen 66 724 Doppelzentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch die Ausfuhr von Streichinstrumenten ist im gleichen Zeitraum von 1754 Doppelzentner auf 1886 Doppelzentner zurückgegangen, dagegen weisen Klaviaturen usw. eine Steigerung von 5498 Doppelzentner auf 5780 Doppelzentner auf.

Von den Aktiengesellschaften der Holzindustrie, die im April ihre Bilanzen veröffentlichten, seien die folgenden

genannt: J. C. Pfaff A.-G. in Berlin erzielte bei einem Aktienkapital von 3 500 000 Mk. einen Gewinn von 12 281 Mark (im Vorjahr 55 494 Mk.). Eine Dividende konnte nicht verteilt werden. — Die Straßburger Bau- und Möbelschreinerei A.-G. in Straßburg im Elsaß, mit einem Aktienkapital von 200 000 Mk., schloß im Vorjahr mit einem Verlust von 108 244 Mk. ab, der sich im letzten Jahre auf 163 950 Mk. erhöhte. — Günstiger war das Ergebnis der Derschleichen Holzindustrie A.-G. in Beuthen, deren Aktienkapital 1 000 000 Mk. beträgt. Der Gewinn beträgt 116 449 Mk. (147 589 Mk.). Es wurde wie im Vorjahr 9 Prozent Dividende ausgeschüttet. — Die Hanseatischen Stuhlrohfabriken Klümmer u. Ude A.-G. in Bremen erzielten bei 1 500 000 Mk. Aktienkapital nur 3548 Mk. (46 625 Mk.) Gewinn. Eine Dividende wurde nicht verteilt; im Vorjahre konnten 2 Prozent ausgeschüttet werden. — Die Bremer Karosseriewerke vorm. Louis Gärtner, Bremen, erzielten bei 400 000 Mk. Aktienkapital 54 628 Mk. (35 517 Mk.) Gewinn. Die Dividende betrug 8 (8) Prozent. — Bei der Spielwarenfabrik Carl Vech A.-G. in Dordrecht ist das Aktienkapital eingeteilt in 100 000 Mk. Vorzugsaktien und 300 000 Mk. Stammaktien. Der erzielte Gewinn beträgt 15 549 Mk. (24 618 Mk.) An Dividende wurde verteilt auf die Vorzugsaktien 6 (6) Prozent, auf die Stammaktien 2 (4) Prozent. — Sehr ungünstig war der Abschluß der Wolgaster Holzindustrie A.-G. in Wolgast. Das Aktienkapital beträgt hier 300 000 Mk. Während im Vorjahr noch ein kleiner Gewinn von 367 Mk. erzielt wurde, schloß die letzte Bilanz mit einem Verlust von 275 598 Mk. ab. Eine Dividende wurde natürlich nicht verteilt.

Die Geschloßkorbfabrikation 1913/14.

p. b. Ein besonderer Zweig in der deutschen Korbwarenindustrie ist die Anfertigung von Geschloßtransportkörben für die Heeresverwaltung. Seit dem Jahre 1892 sind in wechselnden Perioden viele Tausende solcher Körbe, in den verschiedensten Mustern und Größen, zum Zwecke der Verpackung und Transportierung der zahlreichen, in Form und Umfang differierenden Geschosse im Submissionswege zur Vergebung gelangt. Jede neue Heeresvermehrung, und ganz besonders die der Artillerie, oder die Neuanschaffung veränderter resp. verbesserter Geschütze, brachte fast stets zu gleicher Zeit die Veranschaffung von dieser Art Geschloßkörbe mit sich.

Durch diese immer wiederkehrende Gelegenheit zu einer Spezialarbeit hat sich ein gewisser Stamm von Arbeitern herangebildet, die fast ausschließlich nur auf Geschloßkörbe arbeiten und es hier zu einer gewissen Virtuosität gebracht haben. Es hat in der Geschloßkorbfabrikation eine Zeit gegeben, die Hunderte von Korbmachern aus allen Branchen und aus allen Gegenden Deutschlands in drei bis vier Orten vereinigte, um auf Geschloßkörbe dreimal soviel zu verdienen als auf ihre sonstige Beschäftigung. In Fürstberg und Mühlberg war die größte Zahl der Gehilfen sowie eine ganze Anzahl Kleinmeister von den Reiskörben geflohen, um in Hamburg, Bernburg oder Berlin bei der Herstellung von Geschloßkörben 40 bis 45 Mk. zu verdienen. — Das war 1897/98.

Seit dieser Zeit hat die Geschloßkorbfabrikation eine große Veränderung erfahren. Heute interessieren sich nur noch die Kollegen für Geschloßkörbe, die entweder keine andere Arbeit finden oder auf irgendeine Art es ermöglichen, auf Geschloßkorbfabrikation noch einige Groschen mehr herauszuschinden als auf ihre sonstige Beschäftigung, eventuell

Aus St. Petersburg.

Von Carl Wader.

(Fortsetzung.)

Auffällig ist die anerkanntenswerte Sorgfalt, mit welcher sich die Polizeikräfte der heillosen Patrioten annehmen. Man könnte fast meinen, daß diese Sorgfalt mit der Eigenschaft des Schnapies als Reichsmonopol zusammenhängt. Kennzeichnend ist die folgende Stelle, die einem Artikel in der deutschen „Petersburger Zeitung“ vom 1. März 1914 entnommen ist:

Die Szenen, die man in den Festtagen in den Arbeiterquartieren erlebt, sind so widerwärtig, daß man wirklich an der Kultur des russischen Volkes ernstlich zweifeln muß. Auch 1913 ist die Zahl der Branntweinleichen so groß gewesen, daß die Polizeihämmer sie kaum zu fassen vermochten und die Krankenhäuser alle Hände voll zu tun hatten, um erkrankene Gliedmaßen der Betrunknen zu erhalten.

Erwähnungswert als Einrichtungen, die wir sehr angenehm empfunden haben, sind die Volksbadeanstalten, in denen man für 25 Kopeken ein Dampfbad nehmen kann und die sich eines guten Zuspruchs erfreuen. Daraus darf man aber nicht etwa auf ein starkes Reinlichkeitsbedürfnis des Russen schließen. Dem widersprechen nicht nur die bereits geschilderten Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, auch in den sogenannten Fürsorgeanstalten sieht es schauerhaft aus. Eine von einigen Abgeordneten der Stadt-Duma vorgenommene Revision in der Säuglingsfürsorgeanstalt förderte wahrhaft haarsträubende Zustände an das Tageslicht. Wie die Säuglinge in Schmutz und Urin verkommen, so ergeht es auch den mittelsten Kranken, die als Arme in den öffentlichen Anstalten „verpflegt“ werden. Ueber das System des Diebstahls, der Unterschlagung und Bestechung, das in Rußland herrscht und mit dem diese Dinge zusammenhängen, brauche ich mich hier nicht zu äußern. Diese Dinge sind allgemein bekannt, und man kann sie als sprichwörtlich bezeichnen.

Der Fremden sehr auffällig ist die große Rolle, welche die Kirche im öffentlichen Leben einnimmt. An der Spitze der orthodoxen Staatskirche steht der Zar, der neben der Kaiserlichen auch die höchste kirchliche Macht in sich vereinigt. In der besten Zeit fällt es dem Fremden fast bald oder gar nicht zu sehen, wie der Kaiser, der morgens sein Haus verläßt, sich nach drei Richtungen verneigt und das Kreuz schlägt. Die gleiche Vere-

monie wiederholt er, wenn er an einer Kapelle oder an einem der an vielen Straßenecken aufgestellten Altären vorübergeht, oder wenn er das Volkstbad oder eine Restauration betritt, oder sein eheliches Lager aufsucht. Nicht selten sieht man, auch bei strenger Kälte, Gläubige vor den Kirchentüren knien, mit dem Gesicht auf der Erde, das dort aufgestellte Kreuzig anbeten und es abwechselungsweise auch abblüsen. Das sind, wie man auf Befragen hört, Sünder, die Kirchenbuße tun. Solche Kirchenbußen werden aber nicht nur von den Priestern, sondern auch von den weltlichen Gerichten verhängt. So berichtete die „Petersburger Zeitung“ am 17. Dezember über eine Gerichtsverhandlung gegen einen Chauffeur, der einen Lausburschen überfahren und getötet hatte. Er wurde zu zwei Monaten Arrest und — Kirchenbuße verurteilt.

Die Arbeitsverhältnisse können nur in den großen Fabriken als geregelt bezeichnet werden. Die Wertstätten des Handwerks und auch die mechanischen Betriebe haben jede ihre eigene Ordnung oder richtige Anordnung. Im Holzgewerbe, welches etwa 25 000 Arbeiter beschäftigt, beträgt die wöchentliche Arbeitszeit durchschnittlich 54 1/2 Stunden, nur eine Möbelfabrik (Firma Welker) hat die 48stündige Arbeitszeit. Die Lohnbücher werden in zwei Exemplaren geführt und sind von der Polizei abgestempelt. Die Löhne schwanken meist zwischen 1,80 und 3 Rubel. Bei Akkordarbeiten ist das Kolonnenystem eingeführt. Der Kolonnenführer erhält in der Regel den doppelten Anteil des Akkordüberschusses, der einem Helfer zufließt. Um einen Akkord zu übernehmen, muß man nicht nur die russische Sprache beherrschen, sondern auch mit den hiesigen Verhältnissen und den Arbeitsmethoden vertraut sein. Das eigenartige Klima muß bei der Konstruktion von Holzarbeiten entsprechend berücksichtigt werden.

Bei gutem Innenausbau werden z. B. auch die Rahmenlöcher verleimt. Bei Türen und Paneelen wird das Brett je nach der Holzart in Streifen von z. B. 2 1/2 Zoll Breite zerlegt und diese Streifen werden unter Berücksichtigung der Holzarten wieder verleimt, und zwar so, daß nicht die Kanten, sondern die flachen Seiten zusammengeleimt werden. Alsdann wird abgepfert. Eine jede Fuge, bei welcher Firnholz und Langholz zusammentritt, wie bei Brüstungen an Türenquerstücken, wird ausgefüllt und mit Furnier ausgeleimt, damit sich beim Trocknen die Fugen nicht ausdehnen. Die guten Ar-

beiten werden nur mit Spezialleim geleimt, der ungeheuer teuer ist, dunkelgrün aussieht und in Tafeln wie Gelatine hergestellt wird. In Deutschland habe ich solchen Leim noch nicht zu Gesicht bekommen. Die Arbeiten werden alle so konstruiert, daß sie leicht auseinanderzunehmen sind. Das gilt für Transport und Reparaturen. Eingeleimte Kehlköpfe werden in Rahmen verleimt, nachher die Gehrungen auf der Kante eingeschnitten und mit Furnier ausgeleimt und der ganze Rahmen mit Schrauben befestigt. Büfettplatten und ähnliche Sachen werden trocken aufgeschraubt.

Im allgemeinen wird hier sehr langsam gearbeitet, und es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, daß ich in Berlin quantitativ um 60 Prozent mehr leisten muß. Auch wenn ich mehr arbeiten wollte, muß ich doch davon Abstand nehmen, um das gute Einvernehmen mit den russischen Kollegen aufrecht zu erhalten. Uebrigens bedingt auch die bereits angedeutete umständlichere Arbeitsweise, daß die Arbeit nicht so schnell vonstatten geht. Ein weiterer Umstand, der die Fertigstellung einer angefangenen Arbeit aufhält, ist die Gewohnheit der russischen Tischler, selten eine angefangene Arbeit fertigzumachen. Sie lieben es, wenn sie einige Kopeken übrig haben, tagelang zu trinken und sich um einen anderen Betrieb umzusehen. Gewissenhafte Familienväter gibt es wenige. Es sind nur die Kolonnenführer, welche aushalten. Aber auch nicht immer. Die, die aushalten, sind meist Ausländer, wie Tschechen oder Finnländer. Der Russe ist darin zu gleichgültig und interesselos.

Ebenso zeigen auch die Unternehmer die Spuren von solchem Charakter. Submissionen kennt man im Holzgewerbe nur bei ordinärer Bauarbeit; alle guten und besten Arbeiten werden „ohne Konkurrenz“ angenommen. Der Gesamtpreis wird (nicht einmal in allen Fällen) nur provisorisch eingereicht, dann dauern die Arbeiten, wie in unserem Betriebe, jahrelang. Die Arbeit wird auch vom Unternehmer in die Länge gezogen, um einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Oft werden für ganz einfache Arbeiten neuen Moders erst Modelle in Tannenholz angefertigt und dem Baumeister und den Herrschaften zur Begutachtung vorgestellt. So wurden bei uns Tische, Kredenzen usw. erst modelliert und nachher verworfen. Die russischen Baumeister zeigen darin, daß sie ihre Schöpfungen sich im Geiste nicht vorher vorstellen können. Das sieht man auch an den mangelhaften Zeichnungen.

(Fortsetzung folgt.)

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsmittler Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bernau (Liebe Nachf.), Breslau (Waggonfabrik Linde-Hofmann-Werke), Gassen, Köpchenbroda, Lindau im Bodensee, Lichow, Miesbach, Rudolfsstadt (Pirma Jittow), Schönlanke, Straßburg im Elß (Möbelschreinereien), Sulingen, Assen in Holland, Gens, Schaffhausen.

Modellschleppern nach Breslau (Waggonfabrik Linde-Hofmann-Werke), Gassen.

Stuhlbauern und Polsterern nach Turn-Teplitz in Böhmen.

Klavierarbeitern nach Barmen (W. G. Wühl).

Parlettlegeren nach Danzig (Parlettfabrik Domanski, Jilinski).

Drechsler nach Hersbrud, Schönlanke.

Bergschleppern, Grundratern, Verzickern und Farbigmachern nach Rudolfsstadt.

Stellmachern nach Alkenessen (Karosserief. Wehling), Breslau (Waggonfabrik Linde-Hofmann-Werke), München, Stuttgart (Karosseriefabr. Reutter und Vier).

Korbmachern nach Dömlitz (Gebr. Eggers), Stralau und Radniz (Stralauer Glasbläse), Lenzburg in der Schweiz.

Kammern nach Birk bei Berlin (Woch), Erlangen, Griesheim (West).

Bürstenmachern nach Frankfurt a. M. (Franz).

Klaviermachern nach Gotha (Sted-Planofabrik), Kristiania (Gebr. Hals, Orgelf. Olsen u. Jürgensen).

Werkstattemachern nach Danzig (Schickawerft), Mogen bei Wegehof.

Mühlbauern und Monteuren nach Gassen.

Säger und Maschinisten nach Kotscherinowo in Bulgarien (Fa. Balabanoff).

durch Verlängerung der Arbeitszeit. In ähnlicher Weise, wie hier bei den Arbeitern, hat sich auch das Interesse der Arbeitgeber für diesen Artikel wesentlich verändert. Während 1897 und die nachfolgenden Jahre die bedeutendsten Firmen der Rohwarenindustrie alle Geschäftskünste anwandten, um in den Besitz solcher Staatslieferungen zu gelangen, heißt es heute nur noch: „Hände weg!“ Und das hat seinen guten Grund.

Die Lieferungspreise sind infolge des üblichen Submissionsverfahrens derart heruntergebracht, daß ein Unternehmer mit regeltem Betriebe und tariflichen Löhnen heute nicht mehr imstande ist zu konkurrieren. Daher kommen heute Großstädte, wie Berlin und Hamburg, für die Arbeit gar nicht mehr in Betracht, dagegen hat die Frauenarbeit und die Hausindustrie an Umfang ganz erheblich zugenommen.

Daß die Hausindustrie mit all ihren so oft schon geschilderten Elendserscheinungen und der unbegrenzten Arbeitszeit auch noch zur Herstellung von Staatsarbeiten herangezogen wird, ist das traurigste Kapitel in der an üblen Erscheinungen so überreichen Geschichte der Geschloßkörbe. Die Gegend von Oberfranken und das Coburg-Regenfelder Gebiet sind reichlich mit Heimarbeiter besetzt, die in Korbmachergenossenschaften vereinigt sind. Die meisten dieser Genossenschaften sind dem Gewerbeverband für Franken und Sachsen-Coburg angeschlossen, und dieser Verband tritt hier als Hauptunternehmer für die Geschloßkörbbranche in die Erscheinung. Dieser Verband hatte (laut Bericht der „Deutschen Korbmacher-Zeitung“ vom Jahre 1913) im Jahre 1911 für 86 000 M. Geschloßkörbe geliefert und für 1912 weitere 40 000 M. an Staatsaufträgen zu erledigen. Gleichzeitig wurde aber auch konstatiert, daß die Staatszuschüsse an den Verband die Höhe von 120 000 M. erreicht hätten und auf weitere Darlehen aus staatlichen Mitteln nicht mehr zu rechnen sei.

Es wird hier gewissermaßen zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß staatliche Zuschüsse, die sonst nur zur Hebung und Förderung der gewerblichen Genossenschaftsbewegungen gegeben werden, ausdrücklich zu dem Zwecke aufgenommen sind, unserem sonst so teuren Militarismus, unter Anwendung der verwerflichsten Produktionsform, Waren zu liefern, zu Preisen, bei denen schlechterdings Geld draufgelegt werden muß. Den patriotischen Mittelstandsrettern und Handwerksverbessern wäre hier einmal Gelegenheit gegeben, ihr Talent zur Hebung des Handwerks zu entwickeln, indem sie für Abstellung dieser tiefbedauerlichen Zustände an geeigneter Stelle Sorge trügen.

Vor etwa zehn Jahren bemühten sich die Vertreter der Innungsbestrebungen im Korbmachergewerbe eifrig, die Staatsregierungen zu veranlassen, auch die Innungen als Submittenten bei Vergebung der Geschloßkörbe zuzulassen, so daß es auch dem Kleinhandwerker möglich werde, den Segen dieser Staatsarbeiten zu genießen. Diesem Verlangen wurde schließlich stattgegeben und verschiedene deutsche Korbmachergenossenschaften erhielten kleinere oder größere Lieferungen zur Ausführung übertragen. Die Obermeister der Innungen veranlaßten zumeist die Bewerbungen und verständigten sich, bei Erteilung eines Auftrages, dann mit ihren Kollegen wegen der Zahl der zu übernehmenden Körbe, nachdem zuvor der eingereichte Lieferpreis besprochen war. Gegen diese kollegiale Art von Arbeitsvermittlung ist selbstverständlich nichts einzuwenden; sie war z. B. nach 1913 in Magdeburg in Anwendung.

Eine besondere Ausnahme bei der Beschaffung von Staatslieferungen für seine Innungsmitglieder machte jedoch Herr Bergmann, Vorsitzender des Bundes deutscher Korbmachergenossenschaften und Obermeister der Berliner Innung. Dieser Herr, der in seiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender sich ganz besonders dafür ins Zeug gelegt hatte, daß die

Innungen mit Staatsaufträgen bedacht werden, hat ebenfalls jahrelang im Namen der Berliner Korbmachergenossenschaft um Geschloßkörbe beworben, diese jedoch nur auf eigene Rechnung angefertigt. Man darf aber nicht etwa annehmen, daß diese Leute des deutschen Korbmachergewerks, der, nebenbei bemerkt, ein vermöglicher Mann ist, die Arbeiten in eigener Werkstatt, unter geregelten Verhältnissen anfertigen lassen würde, um seinen Kollegen und der Behörde ein Beispiel zu geben. Einen solchen Versuch machte Herr Bergmann nur bei der ersten Lieferung. Gar bald hatte er entdeckt, daß bei den Lieferpreisen die Haltung eines eigenen Betriebes, wo Werkstattmiete, Licht, Heizung, Kranken- und Invalidenbeiträge usw. zu berechnen sind, zu wenig an Ueberschuß bleibt. Statt aber für höhere Submissionspreise einzutreten oder ganz auf Lieferung zu verzichten, wählte Herr Bergmann das Zwischenmeister-system und die Heimarbeit. Einige „nützliche Elemente“ waren bald gefunden; sie wurden als „Meister“ in die Zwangsinnung aufgenommen und arbeiteten zu Hause in der Küche oder einem elenden Keller für Herrn Bergmann, der ihnen das Material verkaufte und den Lieferpreis vorschrieb.

Herr Bergmann muß dabei ein ganz gutes Geschäft gemacht haben, denn er beteiligte sich stets, natürlich immer im Namen der Innung, an jeder Submission, ging mit den Preisen immer weiter herunter und gab somit den Korbmachern ein sonderbares Beispiel von der Hebung des Handwerks. Daß die von Herrn Bergmann ausgeführten Lieferungen nicht unbedeutend waren, geht daraus hervor, daß allein im Jahre 1912 über 10 000 Körbe von ihm nach Spandau geliefert wurden, die alle auf dem geschilderten Wege hergestellt wurden. Im Januar 1913 erfuhr die Arbeitervereinsleitung in Spandau von diesen Machinationen und die Berliner Korbmachergenossenschaft, vertreten durch Herrn Bergmann, ist seit dieser Zeit mit keiner Aufforderung mehr zur Beteiligung an Lieferungen bedacht worden. Herr Bergmann erhielt aber inzwischen, wegen seiner außerordentlichen Verdienste um das Korbmachergewerk, beim letzten Ordensfest das Verdienstkreuz in Silber. —

Die leibbewilligte große Militärvorlage hat wieder die Veranlassung gegeben, daß mehrere 100 000 Geschloßkörbe zu liefern sind. Das gab der Zentralkommission die Veranlassung, eine Umfrage über Arbeitszeit und -lohn sowie die sonstigen Verhältnisse der Kollegen, die auf diese Arbeit beschäftigt sind, zu veranstalten, wodurch ein reichhaltiges Material zutage gefördert wurde. Durch diese Umfrage, im Juli vorigen Jahres, wurde zunächst festgestellt, daß in 20 Orten Werkstätten vorhanden sind, wo Geschloßkörbe angefertigt wurden, und zwar in Berlin, Bernburg, Dahlhausen, Düben, Eisleben, Grimma, Halle, Magdeburg, Michelau, Mühlberg, Wittich, Saffanfahrt, Osterburg, Spandau, Wettin, Hasfenberg, Steinach, Hof a. St., Westungshausen und Weidhausen.

In Orten, wo die Arbeitszeit am niedrigsten ist, wurden nur geringe Quanten dieser Körbe in Auftrag genommen, aber dort, wo 56, 60 bis 70 Stunden gearbeitet wird, sind Posten bis zu 60 000 Stück zur Vergebung gelangt. Die längste Arbeitszeit hatten Wettin (66 bis 70 Stunden) und Grimma aufzuweisen. In letzterem Orte herrscht die 60stündige Arbeitszeit, aber auch Ueberschunden und selbst Sonntagsarbeit mußten geleistet werden. Auch die Teilarbeit ist hier allgemein eingeführt, da von etwa 100 Beschäftigten die Hälfte weibliche Personen und auch von den männlichen eine große Zahl ungelernete Arbeiter sind.

Wie weit die Arbeitslöhne für die gangbarsten Sorten von Munitionskörpern gesunken sind, möge folgende Zusammenstellung zeigen.

Es wurde gezahlt an Arbeitslohn für:

Modell	1898	1899	1902	1907	1913
	M.	M.	M.	M.	M.
96	4,50—5,20	—	1,40	—	—
98	—	3,00	—	—	1,03—1,65
Drillinge	—	—	—	4,60	0,92—1,15

Bei den runden Körben für 15, 21 und 31 Zentimeter-Granaten sind die Preise in den letzten Jahren stabil geblieben. Die Durchschnittsverdienste schwanken zwischen 15 bis 30 M. und sind, wie üblich, dort am niedrigsten, wo die Arbeitszeit am längsten, da bekanntlich dort auch der geringste Arbeitslohn gezahlt wird.

Auf Grund der durch die Umfrage erzielten Ergebnisse hat die Zentralkommission eine Denkschrift verfaßt, in welcher alle wesentlichen Momente, die die Geschloßkörbfabrikation von 1892 bis 1913 betreffen, zusammengefaßt sind. Hierbei wurden für die Vergebung von Staatsarbeiten im Submissionswege die folgenden Forderungen aufgestellt:

1. Bei Vergebung von Staatsarbeiten an die Privatindustrie sind nur solche Unternehmer zu berücksichtigen, die diese Arbeiten in eigenen, den gesundheitlichen und sanitären Ansprüchen genügenden Werkstätten herstellen lassen.
2. Die Arbeitszeit sowie der Lohn muß den tariflichen Abmachungen resp. den im Gewerbe üblichen Durchschnittsverhältnissen entsprechen.
3. Das Zwischenmeister-system, die Hausindustrie und die Strafanstalten sind unter allen Umständen auszuschalten.
4. Die Lieferungspreise sind nach Anhörung von sachverständigen Fachleuten sowie den in Frage kommenden Gewerkschaften in Höchst- und Tiefgrenze festzusetzen und ist möglichst der Durchschnittspreis zu berücksichtigen. Angebote unter der festgesetzten Tiefgrenze sind auf keinen Fall anzunehmen.

Die Denkschrift ist der Reichstagskommission zur Regelung des Submissionswesens zugestellt worden. Das Bedürfnis für eine Aenderung der bisherigen Submissionsbedingungen scheint übrigens auch an maßgebender Stelle anerkannt zu sein, denn in den Bedingungen, die die Arbeitervereinsleitung Spandau für die Lieferung von Geschloßkörben zum 9. März 1914 verfaßt, findet sich unter anderem der folgende neue Passus:

Abf. 8. Als Voraussetzung der Zulassung zur Lieferung ist die Gewährung von Lohnsätzen anzusetzen, die es den Arbeitern ermöglicht, einen Tagesverdienst zu erreichen, der nicht hinter dem ortsüblichen Durchschnittslohn für die in Betracht kommende Arbeitsart zurückbleibt.

Abf. 11. Unternehmer hat im Angebot ausdrücklich zu erklären, ob er als selbständiger Handwerker das Angebot abgibt oder aber Mitglied einer Vereinigung (Genossenschaft, Arbeiterverein usw.) ist, der er ein Angebot ebenfalls eingereicht hat. In letzterem Falle ist die Vereinigung anzugeben.

Abf. 6. Die von mir — uns — angebotenen Gegenstände werden mit eigenen Arbeitern und Einrichtungen im Inlande gefertigt bezw. von Heimarbeitern im Inlande angefertigt.

Schließlich sei an dieser Stelle noch besonders hervor gehoben, daß die Kollegen der Geschloßkörbbranche sich gegen Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mehr als bisher und energischer zur Wehr setzen sollten, damit endlich einmal stabilere Verhältnisse in dieser Branche geschaffen werden. Dafür gibt es aber kein anderes Mittel als die Organisation.

### Soziales.

#### Die staatliche Arbeitslosenfürsorge in Bayern

Ist nunmehr vorläufig begraben. Das Projekt hat bekanntlich eine sehr interessante Vorgeschichte. Schon seit dem Jahre 1897 drängten die Sozialdemokraten im bayerischen Landtag auf Inangriffnahme der Arbeitslosenversicherung. Damals ist zunächst die Vorlegung einer Denkschrift über die Arbeitslosigkeit gefordert worden. Obwohl der Minister diesem Gedanken „sympathisch“ gegenüberstand, wurde er vom Zentrum abgelehnt. Im folgenden Jahre beantragten die Sozialdemokraten die Vorlegung eines Gesetzes, durch welches den Organisationen Staatszuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Nun begann das antimittige Fangballspiel des „Arbeiterfreundlichen“ Zentrums mit der Arbeitslosenversicherung. Im Landtag wendeten sich die Vertreter des Zentrums gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung durch den Staat mit der Begründung, daß das eine Aufgabe der Gemeinden sei. In den Gemeinden jedoch stellten sich die Zentrumsgewählten auf den Standpunkt, daß in der Frage der Arbeitslosenfürsorge der Staat vorangehen müsse. So erreichten diese „Arbeiterfreunde“, daß überhaupt nichts zustande kam, trotz des unaufhörlichen Drängens der Sozialdemokraten. Bemerkenswert ist dabei noch, daß gerade die christlichen Arbeitersekretäre im Landtag am schärfsten gegen die Arbeitslosenversicherung zu Felde zogen.

Die ganze Frage schien in ein anderes Fahrwasser zu kommen, als der damalige Prinzregent, der nunmehrige König von Bayern, am 27. Juli 1913 ein Kabinettsreiben an den Minister des Innern v. Soden richtete, in welchem er diesen beauftragte, der Arbeitslosenfürsorge seine volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. In den Etat wurde darauf ein Posten von jährlich 75 000 M. eingestellt zur Beihilfe für solche Gemeinden, welche die Arbeitslosenversicherung einführen unter Bemühung eines von der Regierung ausgearbeiteten Musterstatuts. Diese Staatsposition wurde, wenn auch nur mit schwacher Mehrheit, in der zweiten Kammer angenommen. Materiell wollte die Summe nicht viel besagen; die eigentliche Bedeutung des Beschlusses lag darin, daß überhaupt zum ersten Male ein deutscher Bundesstaat die Verpflichtung anerkannte, für die Opfer der Wirtschaftsordnung einzutreten.

Über gerade diese prinzipielle Seite der Sache erregte den allerhöchsten Unwillen der Edelen und Erbknechten in der Reichsratskammer. Die schwerreichen Magnaten; die Prinzen, Grafen, Barone, dazu etliche Großgrundbesitzer, Großindustrielle, Aufsichtsräte usw., die als Reichsräte der Krone Bayerns es als ihre Aufgabe betrachteten, jeden Fortschritt im Lande zu hemmen, gönnten den arbeitslosen, hungernden Arbeitern nicht das Stückchen Brot, das ihnen auf Kosten des Staats gereicht werden sollte. Ihnen erscheint der Staat nur als eine Einrichtung, die es den Besitzenden ermöglicht, sich zu versichern. Daß der Staat auch die Pflicht haben soll, für die Ärmsten der Armen zu sorgen, schien ihnen unfassbar, und dazu war das Verlangen auch noch unzeitgemäß. Durch die besorgenden Summen, um welche das Einkommen des Königs und seiner Familienangehörigen aufgebessert worden ist, sind die Finanzen des Staats ein wenig in Unordnung geraten. Es mangelt an Geld, und da kann man doch den Arbeitslosen nichts geben. So haben denn die Reichsräte die Arbeitslosenunterstützung abgelehnt. Um aber doch ihr gutes Herz zu beweisen, wollten sie die 75 000 M. zum Ausbau der Arbeitsvermittlung bewilligen. Diese Bewilligung steht zwar im Widerspruch zu der Begründung der Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung, aber von so hohen Herren, wie es die Reichsräte der Krone Bayerns sind, darf man billigerweise nicht Konsequenz in ihren Beschlüssen erwarten.

Mit den abweichenden Beschlüssen der Reichsräte hatte sich am 4. Juni wiederum die Kammer der Abgeordneten zu beschäftigen. Deren Kommission beantragte, die Beschlüsse der Reichsräte abzulehnen. Bei der Beratung dieser Anträge hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Lamm noch eine sehr gründliche Wrede mit der Kammer der Reichsräte, der er den entschiedensten Kampf ansagte. Der Ruf, mit dem er schloß: Es lebe der Sozialismus, nieder mit der Reichsratskammer! wird in ganz Bayern ein lebhafter Echo werden. Die Beschlüsse der Reichsräte wurden schließlich fast einstimmig abgelehnt. Das besagt, daß die Kammer der Abgeordneten mit dem Verwendungszweck, den die bewilligte Summe nach dem Beschluß der Reichsräte haben soll, nicht einverstanden ist. Nachdem die Reichsratskammer die Arbeitslosenversicherung zu Fall gebracht hat, besteht keine Möglichkeit mehr, diese in den Etat hineinzubringen. Selbstverständlich ist damit die Arbeitslosenversicherung in

Bayern nicht für immer erledigt. Die Forderung wird bei der nächsten Gelegenheit wieder erhoben werden, und es läßt sich unschwer voraussetzen, daß die edelen Herren in der Kammer der Reichsräte ihr auf die Dauer keinen Widerstand entgegenzusetzen werden, zumal der durch das Land brausende Sturm ihnen deutlich zeigt, wie „beliebt“ sie im Lande Bayern sind.

**Fahrpreismäßigung zum Besuch der Deutschen Werkbund-Ausstellung.** Auf den Strecken der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen, der Reichseisenbahnen, der großherzoglich-medlenburgischen Staatseisenbahnen und der bayerischen Staatseisenbahnen (pfälzisches Netz) werden zum Besuch der Deutschen Werkbund-Ausstellung Köln 1914 sowohl auf der Hin- als auch auf der Rückreise in der dritten Klasse zum halben Fahrpreis für Eil- und Personenzüge, in Schnellzügen außerdem gegen Zahlung des vollen tarifmäßigen Zuschlages Beförderungsverpflichtigte Mitglieder von Krankenkassen usw. sowie freiwillige Mitglieder, deren jährliches Gesamteinkommen 2500 Mk. nicht übersteigt. Die Vergünstigung genießen auch selbstständige Handwerker, die in ihrem Gewerbebetrieb nicht mehr als acht Gesellen beschäftigen. Von den aufgeführten Personen müssen sich auf der Hinreise mindestens zehn Teilnehmer zu einer gemeinschaftlichen Reise zusammen schließen. Die Rückreise kann auch einzeln ausgeführt werden. Als Ausweis ist eine Erklärung des Arbeitgebers darüber vorzulegen, daß der die Fahrpreismäßigung nachsuchende bei ihm als handwerksmäßiger Arbeiter oder gelernter Arbeiter im Fabrikbetrieb oder als Angestellter im technischen Fabrikbetrieb tätig ist. In dieser Erklärung muß die Krankenkasse oder Versicherungsanstalt bescheinigen, daß der Reisende als versicherungspflichtiges oder freiwilliges Mitglied der Krankenkasse oder Versicherungsanstalt angehört, und außerdem bestätigen, daß die Erklärung des Arbeitgebers von diesem selbst herrührt. Die Fahrpreismäßigung für die Hinreise ist bei der Fahrkartenausgabe der Abgangsstation möglichst frühzeitig — spätestens zwei Tage vor Abgang des zu benutzenden Zuges — zu beantragen unter Vorlage der Bescheinigungen. Die Fahrpreismäßigung für die Rückreise wird von den Fahrkartenausgaben in Köln gegen Vorlage der Bescheinigungen und Ausweise gewährt. Die Beförderungsscheine und Fahrkarten gelten vier Tage. Auf der Hin- und Rückreise ist je eine Fahrtunterbrechung, wie im gewöhnlichen Verkehr, gestattet.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 24. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

Wir machen die Lokalverwaltungen und alle Verbandsmitglieder hierdurch auf das dem nächst erscheinende Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages in Dresden aufmerksam und ersuchen um Einsendung der Bestellungen. Der Preis für Mitglieder beträgt wieder wie früher 20 Mk. pro Exemplar, trotzdem die Herstellungskosten bei über 300 Seiten Umfang erheblich höher sind. Dieser niedrige Preis soll es jedoch ermöglichen, das Protokoll in allen Zahlstellen so weit als möglich unter den Mitgliedern zu verbreiten. Es gibt keine andere Broschüre, deren Inhalt für die Verbandsmitglieder wertvoller wäre als die größtenteils wörtliche Wiedergabe der Verhandlungen des Verbandstages. Das Protokoll enthält nicht nur den Bericht des Vorstandes und die übrigen Referate, sondern auch eine ausführliche Wiedergabe der Diskussionen, die von den Delegierten über jeden Punkt der umfangreichen Tagesordnung gepflogen worden sind. Wer sich genau über die Verhandlungen des Verbandstages und alle seine Beschlüsse informieren will, muß das Protokoll lesen. Die Lokalverwaltungen mögen die Bestellungen der Mitglieder sammeln und baldigst an unsere Verlagsanstalt einsenden.

Um etwaigen irtümlichen Auffassungen von vornherein entgegenzutreten, machen wir hierdurch darauf aufmerksam, daß die Beschlüsse des Verbandstages betreffend die Erweiterung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung ebenso wie alle anderen Statutenänderungen erst mit 1. Oktober d. J., dem Termin für das Inkrafttreten des neuen Statuts, zur Durchführung gelangen können.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 35102 Ludwig Herle, Stahl, geb. 29. 3. 79 zu Schöngren.
- 48020 Adam Ciesler, Stahl, geb. 7. 1. 89 zu Harsdorf.
- 26459 Hugo Bollmann, Stahl, geb. 23. 12. 87 zu Siebleben.
- 34747 Fritz Pöhl, Stahl, geb. 16. 1. 87 zu Pumburg.
- 496298 Max Pöhlert, Stahl, geb. 7. 11. 91 zu Erdkühnen.
- 655850 J. Königsdorfer, Koch-Arb., geb. 31. 5. 81 zu Geibensham.
- 677662 Leonh. Subenbauer, Pfm., 30. 4. 96 zu Nürnberg.
- 655015 Kurt Gobrech, Stahl, geb. 21. 2. 88 zu Dresden.

Im Monat Mai gingen von nachverzeichneten Zahlstellen folgende Beiträge ein:

- Bayern:** Angerburg 30 Mk., Gumbinnen 70, Johrow 14,16, Insterburg 150, Königsberg 185, König 30, Marienburg 41, Romel 400, Ortelsburg 120, Pr.-Stargard 50, Stolz 50, Tilsit 72,19 Mk.
- Preußen:** Anklam 60 Mk., Brunsaupten 100, Bismarck 60, Fürstberg 100, Grabow 100, Greifswald 80, Schwedt 30, Ralswiek 30, Pätzsch 100, Rostock 1700, Schwedt 340, Stargard 200, Stettin 1650, Stralsund 300, Stralsund 100, Swinemünde 150, Waremünde 82,50, Wismar 70, Wolgast 140 Mk.
- Sachsen:** Borsdorf 50 Mk., Dresden 60, Brieg 100, Chemnitz 200, Döbeln 70, Freiberg 350, Görlitz 60, Grimberg 100, Heideberg 50, Rattowitz 300, Langenlöss 50, Leisnig 200, Löwenberg 25, Reusitz 150, Delitz 170,

- Doppeln 30, Schweidnitz 400, Strehlen 60, Striegau 100, Wohlau 50 Mk.
- Berlin:** Adlershof 150 Mk., Berlin 3305, Berlinchen 175, Brandenburg 80, Cöpenick 250, Croppen 18, Eberswalde 150, Finsterwalde 700, Französisch-Buchholz 80, Guben 300, Landsberg 820, Lützenwalde 850, Eilbitten 110, Eilbitten 200, Lychn 145, Neudamm 100, Neuruppin 100, Perleberg 170, Potsdam 400, Priebus 100, Seefeld 15, Sommerfeld 32, Sorau 200, Spandau 200, Spremberg 108,35, Sprottau 75, Treuenbrietzen 65, Werder 80, Wittenberge 100, Zossen 80 Mk.
- Dresden:** Altenberg 110 Mk., Baugen 400, Bischofswerda 80, Brand 150, Colmnik 60, Cunnersdorf 525, Dippoldswalde 50, Döbeln 600, Dresden 60, Geringwalde 800, Glaschütze 120, Großschänke 180, Großschönau 100, Hartha 300, Kamenz 70, Königstein 100, Leisnig 370, Lößau 390, Meißen 800, Mittweida 500, Neugersdorf 200, Neuhausen 300, Niederziesitz 1000, Döberan 50, Olbernhau 420, Oschatz 170, Pirna 500, Rabenau 1180, Rabenberg 450, Riesa 300, Schmiedeberg 250, C. Iffhennersdorf 300, Waldheim 300, Wildenfels 600, Zittau 250 Mk.
- Leipzig:** Altenburg 600 Mk., Aue 200, Auerbach 100, Buchholz 100, Chemnitz 2100, Crimmitschau 200, Eilenburg 842,20, Eisenberg 480, Frankenberg 400, Frohburg 50, Glauchau 200, Gumnitzsch 50, Hohenstein-Ernstthal 90, Jöhstadt 60, Kleinolbersdorf 50, Leipzig 530, Markranstädt 100, Meerane 250, Neustädtel 65, Schkeuditz 550, Schmöln 1273, Schöneheide 470, Taucha 50, Tharandt 140, Zeitz 1000, Zeulenroda 1000, Zwickau-Werdau 300 Mk.
- Erfurt:** Apolda 130 Mk., Arnstadt 100, Brotterode 23,35, Bürgel 800, Camburg 25, Coburg 870, Eisenach 80, Ellrich 40, Hermstedt 100, Hildburghausen 40, Jena 199,25, Kallendorf 14, Kelbra 120, Langensalza 130, Lauterberg 400, Mellendorf 75, Merseburg 100, Mühlhausen 400, Naumburg 200, Neustadt 250, Nordhausen 210,45, Ohrdruf 100, Pöhlitz 371, Roda 84,80, Saalfeld 100, St. Andreasberg 80, Schleusingen 47, Triptis 114,63, Weimar 650, Weiskirchen 90 Mk.
- Magdeburg:** Aken 80 Mk., Aschersleben 69,75, Bernburg 100, Bitterfeld 50, Burg 80, Calbe 80, Dessau 800, Eisleben 150, Gardelegen 350, Goslar 445, Gütten 40, Halberstadt 200, Helmstedt 200, Magdeburg 786,15, Osterburg 40, Osterwieck 100, Quedlinburg 80, Rosslau 100, Sangerhausen 350, Stendal 200, Zerbst 100 Mk.
- Hamburg:** Boizenburg 100 Mk., Brake 100, Bremen 6300, Bremerhaven 130, Buxtehude 50, Elmshorn 250, Emden 196, Gramby 108, Hadersleben 250, Hamburg 800, Harburg 450, Harsefeld 45, Heide 200, Izhoe 150, Kellinghusen 95, Kiel 60, Leer 75, Lübeck 1200, Lüneburg 450, Meldorf 120, Neuenburg 50, Norden 100, Oldenburg 250, Pinneberg 100, Rendsburg 100, Sonderburg 95, Stade 100, Süderbrarup 60, Uetersen 93, Varel 190, Vogelsang 100, Wilhelmshaven 500, Wilster 26,60 Mk.
- Hannover:** Alfeld 200 Mk., Bielefeld 1060, Carlshafen 60, Celle 570, Detmold 200, Einbeck 80, Göttingen 280, Hameln 250, Hannover 280, Hildesheim 300, Lemgo 200, Melle 470, Minden 240, Münden 1027,90, Deynhausen 400, Osterode 40, Peine 200, Quadenbrück 150, Springe 200, Uelzen 140, Walsrode 106 Mk.
- Düsseldorf:** Altena 50 Mk., Bonn 630, Dortmund 800, Düsseldorf 200, Duisburg 200, Elberfeld 1700, Hagen 400, Hamm 100, Hamm 300, Hattingen 60, Herne 60, Köln 3300, Krefeld 790, Langenberg 67,17, Lüdenscheid 60, Oberhausen 150, Ohligs 30, Recklinghausen 75, Remscheid 200, Schwelm 250, Velbert 100, Wald 200, Wetter 65 Mk.
- Frankfurt:** Alsfeld 70 Mk., Alzen 40, Amorbach 100, Darmstadt 100, Edenkoben 150, Frankenthal 200, Frankfurt 100, Gießen 50, Hanau 200, Kelheim 400, Mainz 2000, Mannheim 100, Meß 200, Neu-Isenburg 360, Neustadt 160, Oberramstadt 100, Offenbach 50, Pirmasens 69,46, Reichenhain 70, Rumpenheim 250, Saarbrücken 360, Wiesbaden 800, Worms 300 Mk.
- Nürnberg:** Ansbach 75 Mk., Erlangen 100, Feucht 200, Fürth 160, Herzogenaurach 60, Kitzingen 80, Kulmbach 80, Lauf 450, Nördlingen 100, Nürnberg 2100, Röhrenbach 50, Schwabach 180, Schweinfurt 130, Weiskirchen 125, Wendelstein 60, Würzburg 700 Mk.
- München:** Nibling 30 Mk., Augsburg 500, Dachau 350, Kempten 300, Kronach 50, Landsberg 30, Landsbut 50, Memmingen 50, Mühldorf 150, München 48,95, Prien 25, Starnberg 100, Weilheim 25 Mk.
- Stuttgart:** Albstadt 100 Mk., Asperg 100, Badnang 100, Baden-Dos 90, Bietigheim 120, Bruchsal 70, Donauwörth 30, Emmendingen 50, Ehlingen 500, Freiburg 50, Gengenbach 25, Gmünd 60, Göppingen 100, Heidenheim 65, Heilbronn 120, Karlsruhe 930, Lehr 90, Laupheim 115,95, Leutkirch 20, Marbach 200, Nagold 60, Nürtingen 120, Pforzheim 500, Ravensburg 120, Reichenbach 23, St. Ludwig 94, Schramberg 300, Schwenningen 460, Spaichingen 120, Stuttgart 3200, Tübingen 23,56, Wiernsheim 25, Zuffenhausen 600 Mk.

Die Revisionen und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.  
Der Verbandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Bielefeld.** In der kürzlich abgehaltenen Modellierlerner-Versammlung gab Kollege Kruse den Bericht von der Modellierlerner-Konferenz. Es wurde dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die der Zentralkommission überwiesene Reparatur nun auch ausgeführt und seitens der Kollegen auch nach den angemessenen Resolutionen gehandelt und in unserer Branche mehr Agitation entfaltet werde, um zu verhindern, daß, wie in einigen Orten, bald die Mehrzahl unserer Kollegen den Gelden angehöret. Vom Kollegen Donnerhaus, welcher auf der ersten Konferenz als Delegierter war, wurde gewünscht, daß man auf künftigen Konferenzen doch noch ein bis zwei Tage länger beraten solle, damit der Bericht von den einzelnen Delegierten besser gegeben werden könne, man ein lares Bild von den übrigen Orten erhalte und den einzelnen Rednern nicht

durch Schlussanträge das Wort abgeschnitten würde. In der weiteren Diskussion wurde gewünscht, daß es mit unseren Lohnverhältnissen bald etwas besser würde. Bei den Lohnkämpfen sind wir allerdings meist auf die Metallarbeiter angewiesen. Die Bau- und Möbelarbeiter hier am Orte haben erfreulicherweise in der Tarifbewegung einen guten Fortschritt gemacht, und es wird Zeit, daß wir nachkommen. Bisher waren die Möbelarbeiter voran. Des ferneren wurde in dem Bericht erwähnt, daß es den Delegierten eigentlich berührt hat, daß die Berliner Kollegen so wenig Interesse zeigten, weil in den Sonntagsverhandlungen nur wenige Kollegen als Gäste anwesend waren, auch war der Empfang der Delegierten nicht so wie sonst üblich.

**Dresden.** (Korbmacher.) Unlänglich des Verbandstages fand hier am 29. Mai eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher die Kollegen Horn-Hamburg, Brückner-Berlin und Mannigell-Berlin über das Thema: „Wirtschaftskrise und Korbmacherei“ referierten. Die Referenten schilderten die neuerliche Entwicklung im Korbmachereiberg. Die Kollegen, besonders in den Großstädten, sind von der Krise nicht verschont geblieben. In den Kleinstädten mühten die Kollegen erneut dazu angespornt werden, die Arbeitszeit zu verkürzen und eine entsprechende Lohnerhöhung zu fordern. Die Arbeitszeitverkürzung mühte mit der in den Großstädten mehr Schutz halten, denn dadurch trete mehr oder weniger eine Verschiebung der Arbeitsverhältnisse ein, weil die Arbeit jetzt mehr in die Orte mit zurückgebliebenen Löhnen wandert. Die Unternehmer bringen ihrer Organisation immer mehr Interesse entgegen, deshalb werden wir bei künftigen Vertragsabschlüssen mehr mit den beteiligten Unternehmerorganisationen zu rechnen haben. Wir müssen deshalb mit allen Mitteln versuchen, die uns noch fernstehenden Kollegen zu organisieren. Viele Kollegen haben es aber auch verstanden, sich einigermassen erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen; die Mehrzahl der in der Rohr- und Korbwarenindustrie beschäftigten Personen arbeitet bereits unter Tarifverträgen. Auch mühte mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln versucht werden, die sogenannte Schundware zu bekämpfen. Wenn unsere Kollegen auf dem Posten sind, dann werden wir in der Lage sein, solche traurigen Erscheinungen, wie sie die letzte Geschloßperiode gezeitigt hat, zu verhindern. Lebhafter Beifall lohnte die Redner am Schlusse ihrer Ausführungen. In der Debatte wurden verschiedene Klagen und Wünsche laut, welche vom Vorsitzenden der Zentralkommission beantwortet wurden, worauf die interessante Versammlung ihr Ende fand.

**Dresden.** (Stocharbeiter.) In der letzten Versammlung beschäftigten sich auch die Dresdener Kollegen mit der einzuuberufenden Konferenz. Nach sehr ergiebiger Aussprache wurde einstimmig beschlossen, für eine Konferenz einzutreten. Auch wurde der bisher vertretene Standpunkt, sich von einem Weiskirchen Kollegen mitvertreten zu lassen, aufgegeben. Es wurde einmütig für eigene Vertretung gestimmt. Erneut wurde der Wunsch ausgesprochen, vor Arbeitsannahme beim Vertrauensmann Erkundigung einzuholen. Nach wie vor sei der Grundsatz aufrecht zu erhalten, daß der einzige Nachweis der unserer Zentralkommission in Berlin sei.

**Duisburg-Weidrich.** Am 24. Mai tagte eine öffentliche Solzarbeiter-Versammlung, in welcher Kollege Schröder-Düsseldorf über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schreiner in Weidrich“ sprach. — Zahlreich waren die Kollegen erschienen. Ein Beweis, daß die Weidricher Kollegen beginnen, aus ihrer Lethargie aufzuwachen. Sämtliche Diskussionsredner, auch diejenigen anderer Richtung, äußerten sich im zustimmenden Sinne. Sie betonten ausdrücklich, daß es in Weidrich an der Zeit sei, endlich mit den miserablen Verhältnissen aufzuräumen. Nun war aber auch die Weidricher Polizei mobil gemacht, indem sich beim Wirt ein Wachmeister erkundigte, was im Versammlungslokal los sei. Anderen Tags erschien derselbe Beamte bei unserem Vertrauensmann auf der Arbeitsstelle und verlangte die Anmeldebcheinigung zu sehen. Als ihm erklärt wurde, daß wir es ablehnen, unsere Versammlungen, die sich nur mit wirtschaftlichen Fragen befassen, von der Polizeibehörde überwachen zu lassen, gab er unserem Kollegen den Rat, noch nachträglich die Versammlung zu melden und zu bemerken, daß die Meldung aus Unkenntnis unterblieben sei. So gut auch dies Anerbieten gemeint sein mochte, konnte davon kein Gebrauch gemacht werden, da ja zu solcher Maßnahme keinerlei gesetzliche Grundlage vorhanden ist. Sollte man aber wirklich hier versuchen wollen, uns polizeilicherseits Schwierigkeiten zu machen, so wird das unserer Bewegung keinen Abbruch tun, sondern im Gegenteil die Kollegen zu um so größerem Eifer anspornen.

**Hamburg.** (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 30. Mai, bis Freitag, den 5. Juni 1914.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeitsstellen	Am Wochenendluß vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bauarbeiter inkl. Anschläger	31	—	294
Möbelarbeiter	28	—	356
Maschinenarbeiter	8	—	15
Polierer inkl. Beizer	1	—	13
Drehler	1	—	6
Sonstige Branchen	—	—	43
Zusammen	69	—	727

**Köln.** Die Lage der in der Schirmindustrie Beschäftigten ist eine recht traurige. Zurzeit ist die Konjunktur auch schlecht, weshalb auch die Organisation nicht recht vorwärts kommt. Die Arbeitszeit beträgt 60 Stunden bei Durchschnittslöhnen von 27,25 Mk. pro Woche oder Stundenverdiensten von 45 Pf. Einzelne Kollegen erhalten zwar 33 bis 36 Mk., doch sind das Ausnahmen und betrifft nur Kollegen, die annähernd oder über 20 Jahre in einem Geschäft tätig sind. Nur in einer Fabrik herrschen einst guten Organisation bessere Bedingungen. Die in der Heimindustrie beschäftigten Schirmmacher sind ebenfalls über daran, da sie nur als Saisonarbeiter in Frage kommen und

dann Tag und Nacht arbeiten. Die Verdienste für dieses Zweischichtensystem sind zwar 30 bis 50 Mk. pro Woche und die Jahresentnahme dieser Leute beträgt 1700 bis 1800 Mark, doch gehen davon etwa 500 Mk. für Ausgaben für Miete, Licht, Heizung, Werkzeug, Zutaten und Stärkungsmittel für die Nacharbeit ab. Die Lage der Männer ist meistens eine trostlose. Den Köhler Kollegen und Kolleginnen sei von dieser Stelle aus zugerufen, einzutreten in unsere Reihen, sich gegenseitig mehr zu unterstützen und Vertrauen zu schenken. Dann wird es auch möglich sein, mit Hilfe einer starken Organisation, die recht traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen menschenwürdiger zu gestalten.

**Marienberg.** Im benachbarten Roberthau haben vor einigen Wochen Unternehmer, selbständige Drechsler und Arbeiter eine Einkaufsgenossenschaft gegründet. Zweck dieser Vereinigung soll sein, billig gutes Holz einzukaufen, die wirtschaftliche Lage im allgemeinen zu heben und eine weitere Herabdrückung der Löhne zu verhindern. Sind doch die Löhne in vielen Artikeln sehr weit gesunken. Würden Frau und Kinder nicht mit tätig sein, wäre an ein Auskommen gar nicht zu denken. Nun ist der Gedanke, sich zu organisieren, sehr zu begrüßen. Dazu ist aber für die Arbeiter doch nicht erst ein Sonderverband nötig. Was kann ein neugegründeter Verband, der noch dazu solch engen Kreis umfassen soll, seinen Mitgliedern bieten? Nichts für die Holzdrechsler ist doch schon der Deutsche Holzarbeiter-Verband vorhanden. Dieser bedeutet eine Macht und bietet seinen Mitgliedern sehr viele Vorteile. Nur durch festen Zusammenschluß können bessere Zustände geschaffen werden. Zu diesem Zweck findet Sonnabend, den 13. Juni, im Gasthaus „Zur Erbgericht“ eine Versammlung statt, in der Gauvorsteher Otto Schulz aus Dresden einen Vortrag halten wird.

**Musau.** Recht eigenartige Zustände haben sich seit kurzer Zeit bei der „Düggelher Möbelfabrik“ (Spezialität Sische) eingestellt. Das häufige Anfragen und Zureisen der Kollegen erleichtert der Firma das Bemühen, billige Arbeitskräfte heranzuziehen. Seit kurzer Zeit ist auch ein neuer Werkführer, Max Preibisch, am Ruder, der zwar alles andere besser versteht als die Arbeit selbst, dafür aber fortwährend mit der Entlassung der Kollegen droht. Kollegen, welche gewillt sind, nach hier zu kommen, werden deshalb gebeten, sich erst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Osterburg.** Gegen das Gebaren des Rorbmachermeisters Müller waren wir schon des öfteren gezwungen, uns zu wenden. Jetzt hat er sich ein Ding geleistet, gegen das die Kollegen einstimmig Stellung zu nehmen haben. Nachdem er schon vorher sich brieflich gegen unseren Gauvorsteher allerhand Anwürfe erlaubt hatte, maßregelte er im Januar v. J. unseren Bevollmächtigten. Gleichzeitig verlangte er aber die Aufnahme eines Inserats in der „Holzarbeiter-Zeitung“, um Leute zu erhalten, da er inzwischen eine Partie Geschloßkörbe zu liefern zugewiesen erhalten hatte. Natürlich wurde ihm die Aufnahme des Inserats abgelehnt, so daß er sich nach wiederum heftigsten persönlichen Ausfällen doch bequemen mußte, mit unserem Gauvorsteher zu unterhandeln. Der hat alsdann die bei dieser Einigung gemachte Zusage, Müller Leute zu verweisen, auch getreulich erfüllt. Aber kaum daß die Zusage Körbe beschafft war, wurde Anfang Juli unser Bevollmächtigter schon wieder gemäßigelt, und zwar in der Weise, daß er als zweitältester in Betriebe mit zwei jungen Kollegen wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen wurde, diese beiden aber drei Tage darauf schon wieder eingestellt wurden. Dieses Spiel wollten die vier noch arbeitenden Kollegen nicht mitmachen, Müller hatte aber mal wieder seinen Koller und trieb die vier auch zum Aufhören. Selbstverständlich wurde der Betrieb darauf von uns gesperrt und die Sperre in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht. Mittlerweile hatte Müller jedoch wieder einen neuen Auftrag erhalten, und als er sich Anfang August bei unserem Vorstande wegen der Sperre beschwerte, nahm das der Gauvorstand zum Anlaß, mit ihm zu unterhandeln. Wiederum kam es durch das Eingreifen des Gauvorstandsvertreter zu einer Einigung, Müller erhielt die Aufnahme eines Inserats zugestanden und bekam dadurch die benötigten Arbeiter. Die beiden mit dem Bevollmächtigten zusammen ruhig weitergearbeitet und taten es auch mit den Neueintretenden zusammen, bis ein junger Mensch namens Richard Winkler — den Berliner Kollegen wegen seiner Unkollegialität besonders bekannt — durch Drohungen mit gefährlichen Werkzeugen, Händelsuchen in den Wirtschaften und Auflockern auf den Straßen, ja sogar in der Wohnung bei Nacht, ein weiteres Zusammenarbeiten unmöglich machte. Die Kommission der Kollegen wurde vorstellt und Müller entließ Winkler. Aus Rache dafür erstatteten Müller und Winkler aber gemeinsam Anzeige gegen unseren Gauvorsteher und acht Kollegen wegen Vergehens gegen § 153 der G.-O., indem sie durch die Veröffentlichung der Sperre in der „Holzarbeiter-Zeitung“ sowie durch das Verlangen der Wiedereinstellung des Bevollmächtigten und des Nichtzusammenarbeitens wollems mit Winkler, Müller und Winkler genötigt und geschädigt haben sollten. Die Behörde leitete auch daraufhin das Verfahren gegen alle neun Mann ein und am 4. Juni dieses Jahres kam es dieserhalb zur Verhandlung vor dem Schöffengericht in Osterburg. Und merkwürdig: Das Schöffengericht ließ, trotzdem die Angeklagten durch Beweise und Zeugnisse die Sachlage vollständig darstellten, keinen ihrer gesetzmäßigen Gründe gelten, sondern verteilte die drei Kollegen zu drei Wochen und drei Kollegen zu zwei Wochen Gefängnis. Gegen einen Kollegen war die Verhandlung obgetrennt, weil ihm die Verladung nicht hatte zugestimmt werden können, und nur der Gauvorsteher Bauer wurde freigesprochen, angeblich wegen mangelnder Beweise. Der Richter führte zur Begründung der Beurteilung an, daß ein Druck auf Müller und Winkler auszuüben versucht worden ist. Im § 153 der Gewerbeordnung hatte es ihm die Bezeichnung: „Wer Andere... zu bestimmen versucht“ angetan. Darauf entfiel auch der Arbeitgeber Müller, und in der Tat Winkler wäre es ganz gleich, aus welchem Grunde oder Veranlassung das gegen ihn gerichtete Verlangen gestellt worden wäre. — Der neueste Kurs scheint also keine Wirkung sogar schon auf die gesegneten Gesilde der Altmark

zu erstrecken. Daß Herrn Müller aber damit nicht geholfen ist, wird er wohl bald einsehen. Hat er doch nach all diesen Vorkommnissen den Mut befallen, schon wieder die Aufnahme eines Inserats von uns zu verlangen. Jeder Kollege weiß jetzt also, wie er mit ihm daran ist.

**Schönheide.** (Wirstenmacher.) Die wirtschaftliche Lage im Schönheider Bezirk ist eine derartige, daß nur gewillt werden könnte, daß recht bald ein Umschwung zum Besseren eintreten möge. Die Wirstenfabrikation, der Hauptzweig der hiesigen Industrie, ist schlecht beschäftigt, und zwar sind alle größeren Betriebe hier und in den Nachbarorten davon betroffen. Selbst die Zellulosewirstenfabrikation, die sehr lebhaft betrieben wurde, muß Arbeitseinschränkungen vornehmen. Seit einem guten halben Jahr sind eine Anzahl Arbeiter nicht mehr voll beschäftigt. Zum Teil trägt hier auch die mangelnde Entwicklung der Schulb. Die vielgehaßte Heimindustrie wird immer mehr verdrängt, und was alle Bemühungen der Organisation nicht vermocht haben, das vollendet jetzt die Maschine mit unheimlicher Sicherheit. Hunderte Heimarbeiterinnen, die mit ihren Kindern den kargen Verdienst des Mannes aufbessern halfen, haben jetzt nichts oder selten etwas zu tun. Die Arbeiter, die es verfaßt haben, ihre Lage zu verbessern, sind nun übel dran. Die abnehmende Kaufkraft der Bevölkerung macht sich in der Geschäftswelt recht unangenehm fühlbar. Unsehend beginnt ein neuer Industriezweig sich einzuleben, nämlich die Kammsfabrikation. Nachdem die bisher größte Wirstenfabrik Gb. Flemming u. Co. diese schon seit Jahren betreibt, hat nun auch die Firma Fr. Lent u. Co. die Unfertigung von Kämmen aufgenommen. Hoffentlich bewahrt sich die Nachrieht aus England, daß eine Besserung des Marktes eintritt, um eine Gefühlskur der Verhältnisse einbreiten zu lassen. Dann wenn hier den Arbeitslosen 22 bis 25 Pf. Stundenlohn geboten werden, so ist dieser Zustand unahaltbar. Viele irren von einem Betriebe zum andern, ohne irgendeine Aussicht auf Arbeit. Eine Regelung könnte aber auch hier bei den verworrenen Arbeitsverhältnissen eintreten, wenn die Kollegen diesen Zuständen mehr Verständnis entgegenbrächten. Bei guter Organisation kann es so eingerichtet sein, daß jeder gleichmäßig die gute oder schlechte Konjunktur zu spüren bekommt.

**Unsere Lohnbewegung.**

In Alteneffen stehen die Stellmacher, Wagensattler, Schmiede und Mechaniker der Karosseriefabrik L. Wehling in einer Lohnbewegung. Verlangt wird eine Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9 1/2 Stunden täglich und Festlegung der Löhne. Nach der ersten Unterredung verlangte Herr Wehling von den Sattlern, eine Nacht durchzuarbeiten, um eine eilige Arbeit für eine langjährige Kundschaft fertigzustellen. Mit Rücksicht auf die zu erwartende friebliche Verständigung in der Tariffache willigten die Sattler ein. Am nächsten Tage aber, nachdem die Arbeit geliefert war, wurde sämtlichen Sattlern gekündigt. Auf dieses wenig schöne Vorgehen des Herrn Wehling wurden weitere Verhandlungen von der Zurücknahme dieser Kündigung abhängig gemacht. Da dieses strikte abgelehnt wurde mit der Erklärung, unter keinen Umständen die Organisationen anzuerkennen und einen Vertrag mit diesen abzuschließen, richteten die beteiligten Branchen einmütig die Kündigung ein. Unsere Kollegen mußten den Kampf aufnehmen, um auch Herrn Wehling zu zeigen, daß sie in der Lage sind, ihren berechtigten Wünschen durch die Organisation den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die Firma wird nun in vielen Zeitungen nach Arbeitskräften inserieren. Unsere Kollegen wollen dieses beachten und den Zugang nach diesem Betrieb fernhalten.

In Darmen sind am 8. Juni bei der Firma W. G. Bühl, Kaviaturfabrik, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen enormer Wölige in den Streit getrieben, nachdem die Verhandlungen der Arbeiter und der Organisationsleitungen gescheitert waren. Die Firma lehnte alle Vermittlungsvorschläge ab. Wir bitten, jeden Zugang fernzuhalten und der Verwaltung der Zahlstelle Oberfeld-Darmen Mitteilung zu machen, wenn auswärtige Arbeitswillige gesucht werden.

In Berlin dauert der Streit der Vergolder bei der Firma Madensen fort. Die in der Nr. 22 veröffentlichte Notiz über diesen Streit hat der Firma nicht gefallen. Herr Robert Madensen sendet uns eine sogenannte Verächtigung, der wir nachstehend Raum geben: 1. Es ist vollkommen unwahr, daß ich mit den Vergoldern irgendeinen Vertrag geschlossen hatte, desgleichen, daß die seit Jahren festgesetzten Preise auch nur um den kleinsten Betrag herabgesetzt sind. 2. Die beiden längst vor dem Streit entlassenen Polierer sind nicht gemäßigelt, dieselben waren für mich einfach überflüssig. Das spätere Einstellen eines mir empfohlenen Polierers als Borarbeiter veranlaßte die bei mir arbeitenden Polierer, ohne jede Verhandlung am 18. April d. J. die Arbeit niederzuliegen und am Montag, 20. desl. Mts., nicht mehr zur Arbeit zu kommen. Bis zum heutigen Tage hat auch keine einzige Verhandlung mit dem Verband stattgefunden; auch habe ich mich bisher noch nicht verpflichtet, meine Arbeitskräfte nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis einzustellen. 3. Sämtliche jetzt bei mir tätigen Polierer haben sich auf meine verschiedenen Annoncen hingemeldet, und ist es unwahr, daß ich mich an Verbandsmitglieder gewandt habe, ich habe bisher nur an einige Absender der Bewerbungsschreiben, die sich ebenfalls auf meine Annonce meldeten und noch dazu angaben, daß sie keine Verbandsmitglieder seien, geschrieben und um deren Vorstellung ersucht.

Welchen Wert diese „Verächtigung“ hat, kann man daraus erkennen, daß vor uns die am 28. September 1912 abgeschlossene Vereinbarung liegt, welche von der Zahlstelle Berlin unseres Verbandes, Branche der Vergolder, und der Firma Madensen unterzeichnet ist. Zu dieser Vereinbarung gehören Akkordtarife für die einzelnen Abteilungen. Die Ursache der Differenz liegt darin, daß die Firma für die Puffer, welche bisher in Akkord arbeiteten, Lohn einführte. Dabei wurde die Einhaltung der seitherigen Arbeitsleistung verlangt, der Lohn wurde aber bis zu 5 Mk. pro Woche niedriger bemessen als der seitherige Akkordverdienst. Herr Madensen hat also keinen Vertrag, sondern eine „Vereinbarung“ geschlossen. Er hat auch die festgesetzten Preise

unangestastet gelassen, nur wollte er für die geleistete Arbeit nicht den Lohn zahlen, welchen die Arbeiter auf Grund der festgesetzten Preise zu beanspruchen hatten. — Weiter: „Längst“ vor dem Streit, nämlich 14 Tage vorher, seien die beiden Polierer entlassen worden, weil sie „überflüssig“ waren. Sie wurden aber „überflüssig“, als sie wegen der Differenzen verhandelten. Im gewöhnlichen Leben nennt man eine solche Entlassung „Maßregelung“. Als Ersatz für die „überflüssig“ gewordenen Polierer und die entlassenen Puffer stellte die Firma unter Umgehung des nachweislichen Ersatzkräfte ein. Sie will sich auch nicht verpflichtet haben, ihre Arbeitskräfte vom paritätischen Arbeitsnachweis zu beziehen. Das ist formell richtig, denn der paritätische Arbeitsnachweis ist erst am 1. Oktober 1913 für die Vergolder in Kraft getreten und die erwähnte „Vereinbarung“ mit der Firma Madensen enthält diese Verpflichtung nicht. Aber tatsächlich hat sich die Firma stets des Arbeitsnachweises bebient, früher des Verbandsarbeitsnachweises und seither des paritätischen. In Berlin gibt es überhaupt keine ausländige Firma der Vergolderbranche, die den Arbeitsnachweis nicht benützt. Daß die Firma einen arbeitswilligen Vergolder als Borarbeiter bezeichnet, ist völlig bedeutungslos, bisher hat es für die Polierer keinen besonderen Borarbeiter gegeben. Unzutreffend ist auch die Behauptung, daß mit der Firma nicht verhandelt wurde. Die beiden nachher gemäßigelten Kollegen und der Arbeiterauschuß und auch der Obmann der Schlichtungskommission haben sich vergeblich bemüht, eine gütliche Verständigung herbeizuführen. Die Firma L. G. Madensen arbeitet anscheinend lieber mit Arbeitswilligen. Lassen wir ihr dieses kostbare Vergnügen.

In Cöthen in Anhalt ist es in den Karosseriebetrieben von Robert Herrmann und August Weigner u. Sohn zum Abschluß eines vierjährigen Vertrages gekommen. Die Arbeitszeit wird während dieser Zeit von 58 auf 55 Stunden verkürzt und die Löhne um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Nach dieser Erhöhung betragen die Mindeststundenlöhne für erste Rastmacher 58 Pf., für zweite Rastmacher 58 Pf., für erste Helfer 48 Pf. und für zweite Helfer und sonstige Stellmacher 45 Pf. Genügen diese Verbesserungen auch kaum den bescheidensten Ansprüchen, so war doch wegen der Konkurrenz der kleinen Betriebe in den umliegenden Ortschaften nicht mehr herauszuholen. Die Firma Hoffmann u. Schulze in Cöthen weigert sich allerdings auch noch, diese Bedingungen anzuerkennen. Leider erfährt sie Hilfeleistung durch zwei feindselige Kollegen. Dabei besteht in diesem Betriebe noch die 57stündige Arbeitszeit. Auf die Dauer aber wird die Firma ihren Betrieb nicht so klein erhalten wollen und wird, wie sie das früher schon hat, übers Herz bringen müssen, Entgegenkommen zeigen müssen. Dieser Betrieb ist deswegen für alle Stellmacherkollegen gesperrt.

In Darmstadt ist mit der Vereinigung der Arbeitgeber des Schreinerhandwerkes und einer Anzahl Einzelfirmen ein neuer Tarifvertrag vereinbart worden, der bis 14. Mai 1918 gilt. Die Arbeitszeit wird danach am 15. Mai 1917 von 53 auf 52 Stunden herabgesetzt. Die Lohnerhöhung beträgt außer dem Ausgleich für die ausfallende Stunde sofort und in den nächsten zwei Jahren je 2 Pf. die Stunde, insgesamt also 7 Pf. Der Mindestlohn für Schreiner, Maschinenarbeiter, Dreher, Weizer und Polierer steigt in gleicher Weise von 54 auf 61 Pf., für Arbeiter im zweiten Gesellenjahr beträgt der Mindestlohn sofort 50 Pf. und steigt auf 55 Pf. Mit dem Tarifvertrag verbunden ist ein Akkordtarif für Anschläger.

In Dömitz an der Elbe (Zahlstelle Dannenberg) sind die Rorbmacher bei der Firma Gebr. Eggers nach Ablauf der Kündigungsfrist in Streit getreten, nachdem die Firma bei einer späteren Verhandlung nicht nur kein weiteres Entgegenkommen gezeigt, sondern sogar die bereits gemachten Zugeständnisse zurückgezogen hatte. Wie verkauert, will die Firma den Betrieb nach Coburg verlegen. Wir ersuchen die dortigen Kollegen auf der Hut zu sein und Solidarität zu üben.

In Freiberg i. Sa. ist der Streit in der Freiburger Möbelfabrik, Inh. G. Kurz, nach siebenwöchiger Dauer zugunsten der Kollegen beendet worden. Es kam zum Abschluß eines vierjährigen Vertrages, der in der Hauptsache eine Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden, eine Stundenlohnerhöhung von 9 Pf. und eine Akkordpreiserhöhung von 20 bis 30 Prozent innerhalb der Vertragszeit vorsieht. Hoffentlich hat dieser günstig verlaufene Streit die Wirkung, daß die sonst in Freiberg recht klauere Gewerkschaftsbewegung eine kräftige Belobung erfährt. Die Holzarbeiter im allgemeinen und insbesondere die Branchen der Rorbmacher, der Wirstenmacher und Goldleistenarbeiter, die noch recht schlecht organisiert sind, mögen die Lehre daraus ziehen, daß durch einiges Zusammenhalten und Mäandestärkung durch die Organisation sich auch nennenswerte Verbesserungen der Lebenslage erzielen lassen. Die im Kampfe gestandenen Kollegen werden hoffentlich ihren Teil dazu beitragen, daß die uns noch fernstehenden recht bald für die Organisation gewonnen werden.

In Friedland in Meckl. hatten die Tischler am 1. März ihren Vertrag gekündigt. Am 27. Mai kam es zum Abschluß eines neuen Vertrages, der bis zum 1. Juni 1918 gilt. Erreicht wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 57 Stunden pro Woche sofort und auf 56 Stunden ab 1. Juni 1916. In Lohnerhöhung wurden bewilligt sofort 2 Pf., ab 1. April 1915 2 Pf. und ab 1. Juni 1916 nochmals 2 Pf. pro Stunde. Ueberstunden werden mit 10 Pf. und Sonntagsarbeit mit 15 Pf. Aufschlag bezahlt.

In Gotha dauert der Zustand der fast 400 Arbeiter der Sted-Pianofabrik an. Sahrelang haben die Kollegen versucht, den sich immer steigenden Anforderungen an ihre Leistungen gerecht zu werden. Der Betrieb ist musterhaft mit den modernsten Maschinen ausgestattet. Nur nahm die Firma alle Errungenschaften der modernen Technik für sich allein in Anspruch. Wurde infolge technischer Verbesserungen die schwere körperliche Arbeit erleichtert, so wurden auf der anderen Seite die größten Ansprüche an Arbeitsintensität gestellt und die Nervenkraft des einzelnen Arbeiters übermäßig angestrengt. Besonders hatten unter diesen Verhältnissen die Polierer zu leiden. Die Branche der Borpholierer stellte an die Direktion das Ersuchen, den bestehenden Akkordtarif zu erhöhen, um einen Ausgleich für die immer höheren Anforderungen zu schaffen. Alle

Verhandlungen verliefen resultatlos und die Vorpöliker reichten die Kündigung ein. Die Arbeiterschaft erkannte in der Gesamtheit die Forderungen der Vorpöliker als berechtigt an. Man begann ein Kesseltreiben gegen einzelne Branchen. Stunden- und tageweise mußten die Kollegen ohne Arbeit dastehen oder nach Hause gehen. Der Ausschuß wurde deshalb beauftragt, für alle Branchen volle Beschäftigung zu verlangen. Weiter wurde an die Firma das Ersuchen gestellt, die bestehenden Akord- und Lohnverhältnisse einer Revision zu unterziehen. Nachdem auch diese Verhandlungen mit der Firma resultatlos verliefen, verließen die Arbeiter geschlossen den Betrieb.

In Wiesbad legten nach ergebnislosen Verhandlungen mit der Meisterschaft am 5. Juni sämtliche Schreiner und Säger die Arbeit nieder. Trotzdem die Arbeitgeber zugeben mußten, daß im südlichen Bayern in allen Tarifverträgen die Maximalarbeitszeit auf 56 Stunden festgesetzt ist, weigerten sie sich von der bestehenden 59stündigen Arbeitszeit abzugeben. Die Herren blieben sich ein, weil seit acht Jahren keine Lohnbewegung mehr gewesen, hätten sie Unrecht auf Ausnahmebedingungen. — Die Kollegen müssen Sorge tragen, daß sich die Wiesbacher Meister recht gründlich verrechnen mit ihrer Kraftprobe.

**Ausland.**

In Finnland tobt zurzeit in der Sägemühlensindustrie ein großer Kampf. Einem Bericht des Vorstandes des finnischen Sägemühlensarbeiter-Verbandes an den Sekretär der Internationalen Union entnehmen wir, daß die Sägemühlensindustrie im verfloßenen Jahre außerordentlich gut beschäftigt war. Infolgedessen war auch die Migration für den Verband von gutem Erfolge begleitet. Allein im ersten Quartal dieses Jahres gewann er 1412 neue Mitglieder, wodurch die Gesamtzahl auf 6420 stieg. Der günstige Geschäftsgang wurde auch ausgenutzt, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Lohnkämpfe, die in diesem Jahre in Jacobstad und Wiborg geführt wurden, waren von Erfolg begleitet und führten zum Abschluß von Tarifverträgen. Der schwerste Kampf, den der Verband zu führen hat, ist aber der gegenwärtige in Kotka, wo das bedeutendste Sägemühlengebiet in Finnland ist. Ein im Jahre 1912 mit sechs von den streikenden dort domizilierenden Sägemühlern und sieben Holzplätzen abgeschlossener Vertrag war zum 1. März d. J. abgelaufen. Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages, die zunächst ein gutes Ergebnis erhoffen ließen, scheiterten schließlich daran, daß die Unternehmer die Löhne herabsetzen wollten. Am 1. März wurden die Arbeiter ausgesperrt. Seither hat der Gewerkschaftsinspektor einen Vermittlungsversuch unternommen. Sein Vorschlag, der fast die gleichen Lohnabzüge enthielt, wie sie die Unternehmer angeboten hatten, wurde am 10. Mai von den Streikenden mit 1043 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Seither dauert der Kampf, an welchem 1202 unterstützungsberechtigte Verbandsmitglieder beteiligt sind, unverändert fort. Den waderen Kämpfern wäre ein baldiger Erfolg zu wünschen. Jedensfalls sind etwaige Versuche, Streikbrecher in Deutschland zu werben, entschieden zurückzuweisen.

In Kottcherinowo in Bulgarien, wo, wie bereits gemeldet, ein Sägereistreik ausgebrochen ist, hat dieser einen größeren Umfang angenommen. Er umfaßt bereits mehr als 1000 Arbeiter. Den Streikführern, die auch nach Deutschland geschickt sind, muß gebührend begegnet werden.

**Aus der Holzindustrie.**

**Unsere Antwort.**

Der Arbeitgeber-Schutzverband hat sich in der Person des Rechtsanwalts Krieger einen juristisch gebildeten Geschäftsführer zugelegt. Dieser junge Mann hat vor seinen Fähigkeiten und Kenntnissen einen ungeheuren Respekt; sein einziger Schmerz ist es, daß die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes, die geschäftlich mit ihm zu tun haben, diesen Respekt nicht teilen und für seine juristischen Spitzfindigkeiten so gar kein Verständnis zeigen. Der Herr Syndikus Krieger läßt seinen juristischen Witz gern an den Tarifverträgen; seine Auslegungskünste sind aber mitunter direkt — zwerchfellerschütternd.

Noch in frischer Erinnerung ist das wunderbare Ding, das er kürzlich in Dessau gedreht hat. Die Unternehmer wollten dort ihre Pflichten aus dem Vertrag nicht erfüllen, und der rechtsgelehrte Geschäftsführer des Schutzverbandes bestärkte sie beim Vertragsbruch. Nachdem alle Stränge gerissen waren, stellten unsere Kollegen die Arbeit ein, um die Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages zu zwingen. Mit einer bewundernswerten — na, sagen wir Naivität, versucht aber der Syndikus Krieger die Ansicht, daß nicht die von ihm angepöhlten Unternehmer, sondern die Arbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten zwingen wollten, vertragsbrüchig seien. Ja, er ging noch weiter: Er legte die für die Durchführung des Vertrages kämpfenden Arbeiter auf die schwarze Liste, indem er ihre Namen in der „Fachzeitung“ veröffentlichte mit dem Hinzufügen, daß diese Gefellen vertragsbrüchig geworden seien. Soweit hat der Vorstand des Schutzverbandes den Unfug damals nicht treiben wollen; der Herr Syndikus mußte also die Sache rückgängig machen. Da es ihm aber an Mut gebrach, ehrlich zu gestehen, daß er den Arbeitern Unrecht getan habe, formulierte er eine sehr gewundene Erklärung und versteckte sich im übrigen hinter die Redaktion der „Fachzeitung“, die sich willig als Frühlingskneben betätigen ließ.

Wir haben diese Dinge vorausgeschickt, um an einem Beispiel, es gibt deren noch mehrere, zu zeigen, wer der heimliche Krieger ist, der in der Nr. 22 der „Fachzeitung“ einen Artikel mit der selbstbewußten Überschrift „L. u. g.“, des heißt „Um Antwort wird gebeten“, an die Adresse unseres Verbandes richtet. Alle rechtlichen Sünden soll der Holzarbeiter-Verband und sein Vorstand begangen haben ausschließlich der Differenzen bei der Firma

Scheffler in Danzig. Die Mitteilung, welche unser Verbandsvorstand über das Ergebnis einer gemeinsamen Sitzung der Zentralvorstände nach Danzig gerichtet hat, soll nicht den Tatsachen entsprechen. Dadurch sei die, entgegen der Entscheidung der Zentralvorstände erfolgte Arbeits-einstellung in Danzig verursacht worden. Ein weiteres Verbrechen bestände darin, daß unsere Vorstandsmitglieder zum Verbandstag nach Dresden gereist sind, statt sich in Berlin zur Besichtigung des Herrn Krieger zu halten; nicht einmal ein Telegramm des Schutzverbandes haben sie mit der vom Herrn Syndikus gewünschten Schnelligkeit beantwortet. Und schließlich erhebt derselbe Herr, der sich in der für ihn so blamablen Dessauer Angelegenheit tapfer hinter der Redaktion der „Fachzeitung“ versteckt hat, gegen den Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes den Vorwurf, „Bogel-Strasß-Politik“ zu treiben.

Vorweg der lächerlichste Vorwurf, daß der Vorstand Herrn Krieger nicht so schnell geantwortet hat, wie dieser in der Hast, sich den Siegeslorbeer ums Haupt zu winden, gewünscht hat. Diesen Vorwurf kann eben nur der Herr Syndikus erheben. Herr Richard z. B., der schon öfters Generalversammlungen seiner Organisation geleitet hat, wird es wahrscheinlich verstehen, daß man bei solchen Gelegenheiten nicht viel Zeit zum Briefschreiben findet. Aber trotz seiner Inanspruchnahme ist unser Vorstand noch von Dresden aus brieflich und telephonisch mit dem Vorstand des Schutzverbandes wegen des Danziger Falles in Verbindung getreten. Er hat also viel schneller gearbeitet, als man es vom Schutzverband gewöhnt ist, der sich mit der Beantwortung von Zuschriften oft recht lange Zeit läßt.

Aber nun zur Sache selbst: Der Danziger Vertrag besagt, daß die tägliche Arbeitszeit nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht nach 6 Uhr abends dauern soll. Bei der Firma Scheffler wurde bisher im Sommer von 6 bis 5 1/2 Uhr gearbeitet. In diesem Sommer verlangte Herr Scheffler aber, es soll wie im Winter von 6 1/2 bis 6 Uhr gearbeitet werden. Damit waren die Arbeiter nicht einverstanden. Eine Verständigung wäre jedoch möglich gewesen, wenn sich nicht der Schutzverband dazwischen gelegt und den Standpunkt vertreten hätte, daß es allein Sache des Unternehmers sei, innerhalb der vertraglichen Grenzen Beginn und Schluß der Arbeitszeit zu bestimmen. Herr Scheffler mußte deshalb auf Verlangen seiner Organisation bei seiner Anordnung beharren. Die Schlichtungskommission hat, da eine Einigung nicht zu erzielen war, einen „Unparteiischen“, den Stadtrat Dr. Evers, herangezogen, der sich nun vornehmlich auf den Standpunkt der Unternehmer stellte und schließlich eine Entscheidung in deren Sinne fällte. Hiergegen legten die Arbeiter Berufung bei den Zentralvorständen ein.

In deren Sitzung erklärten die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes, daß sie der ordnungsmäßig zustande gekommenen Entscheidung der Schlichtungskommission, die unter dem Vorsitz eines Unparteiischen getagt hat, zustimmen, aber die Begründung des Spruches ablehnen. Diese Stellung unseres Verbandes entspricht der in den Sitzungen der Zentralvorstände üblichen Praxis. Allerdings ist von dem juristischen Geschäftsführer des Schutzverbandes schon versucht worden, diese Praxis anzustößen. So hat der Herr Syndikus z. B. in der gleichen Sitzung bei einem anderen Fall alles Ernstes verlangt, die Angelegenheit an die Schlichtungskommission zurückzuverweisen, weil ein Arbeitgeber irrtümlich im Sinne der Forderung der Arbeiter abgestimmt habe, wodurch die Entscheidung zu deren Gunsten gefällt wurde, obwohl der Unparteiische den Standpunkt der Unternehmer vertreten hatte. Dieses „juristische“ Verhalten des Syndikus ist natürlich mit der gebührenden Heiterkeit aufgenommen worden; selbst die anderen Vertreter des Schutzverbandes hatten für diese „Dee“ ihres Juristen kein Verständnis.

Herr Krieger regt sich aber darüber auf, daß in dem Schreiben unseres Verbandsvorstandes nach Danzig ausgeführt ist, auch der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes stehe auf dem Standpunkt, daß es unter dem Vertragsverhältnis nicht möglich sei, irgendwelche Änderungen der Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben, sondern daß darüber eine Verständigung zu suchen ist. Will Herr Krieger die Richtigkeit dieser Auffassung tatsächlich bestreiten? Fast scheint es, als habe er seine Juristerei völlig vergessen, um ungeniert die Rolle des Scharfmachers zu spielen. Wir haben allerdings die Jurisprudenz nicht studiert, vertrauen aber noch ein wenig dem gefunden Menschenverstand, der uns sagt, daß bei einem Vertrag beide Kontrahenten gleichberechtigt sind. Nehmen die Unternehmer das Recht für sich in Anspruch, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben, dann muß man billigerweise auch das gleiche Recht den Arbeitern zugestehen. Da aber ein solcher Zustand zu unabsehbaren Konsequenzen führen würde, halten wir es für richtiger, im gegebenen Fall eine Verständigung zwischen den Parteien zu suchen. Bisher haben wir geglaubt, daß das auch die Auffassung des Arbeitgeber-Schutzverbandes, zum mindesten die seines Vorstandes sei. Und es will uns auch jetzt noch scheinen, als habe ihn nur sein gelehrter Syndikus in eine Position gebracht, die er unmöglich halten kann.

Das ist die Antwort, um die uns Herr Krieger gebeten hat. Hinzufügen wollen wir, daß die Arbeiter bei der Firma Scheffler von der Entscheidung der Zentralvorstände nicht befriedigt waren. Der Umstand, daß der Spruch der Schlichtungskommission nicht aufgehoben wurde, also der Standpunkt bestehen blieb, daß der Unternehmer einseitig die Arbeitszeit festsetzen darf, erregte ihren Mißmut und deshalb stellten sie die Arbeit ein. Inzwischen haben Verhandlungen am Ort stattgefunden und die Arbeit ist wieder auf-

genommen worden. In den nächsten Tagen werden sich auch die Zentralvorstände erneut mit der Angelegenheit beschäftigen.

In der „Metallarbeiter-Zeitung“ erlöst der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Al e g a n d e r S c h l e e, eine Erklärung, in welcher er sich im Hinblick auf die Berichte vom Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Dresden und von der Konferenz der auf den Seeschiffswerften beschäftigten Holzarbeiter in Hamburg gegen den durch diese Berichte erweckten Eindruck richtet, als ob bei der vorjährigen Werftarbeiterbewegung die Metallarbeiter infolge ihrer Stärke alle anderen Berufe, und auch die Holzarbeiter, majorisiert hätten, so daß diese so gut wie einflußlos gewesen wären. Demgegenüber weist er darauf hin, daß von einer solchen Majorisierung nicht die Rede sein könne, da der Metallarbeiter-Verband bei den Beratungen der Vorstände ebenso wie die übrigen Verbände nur eine Stimme gehabt habe, außerdem auch alle Beschlüsse durch vorherige Verständigung und nicht durch Abstimmung zustande gekommen seien.

Diese vom Genossen Schlöde gegebene Darstellung des Sachverhalts ist völlig zutreffend. Bei den Verhandlungen unseres Verbandstages über die Werftarbeiterbewegung und auch bei früher Anlässen ist seitens unserer Vorstandsvertreter auch lediglich der Umstand besonders betont worden, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband bei jener Bewegung nur mit einer kleinen Minderheit der Beteiligten in Frage gekommen sei, und aus diesem Grunde nicht den von unseren Mitgliedern vielfach gewünschten maßgeblichen Einfluß auf die Taktik habe ausüben können. Wir verweisen in dieser Angelegenheit nochmals auf die Erklärung, die bereits vom Kollegen L e i p a r t auf dem Verbandstag abgegeben worden ist und dahin lautet, daß sich die Vertreter unseres Verbandes für verpflichtet hielten, auf die Verhältnisse des am stärksten beteiligten Verbandes die gebührende Rücksicht zu nehmen und es uns als Minderheit nicht gut angestanden hätte, diese Rücksichten hinter unseren etwaigen besonderen Interessen zurücktreten zu lassen. Wir konstatieren ferner, daß bei der verfloßenen Werftarbeiterbewegung zwischen den Vorständen in allen wichtigen Fragen stets Einigkeit herrschte. Ein Vorwurf gegen den Vorstand irgend eines anderen Verbandes und speziell des Metallarbeiter-Verbandes wäre deshalb nicht berechtigt und ist auch von den Vertretern unseres Verbandes nicht erhoben worden. Ein solcher Vorwurf gegen Andere ist auch in der nachträglich konstatierten Tatsache, daß einige Wendungen in der Erklärung der Vorstände besser eine Abmilderung erfahren hätten, nicht enthalten.

Als wenig gelehrter Schüler erweist sich der Tischlermeister B o r s d o r f in Berlin, dem wir in unserer Nr. 21 ein „Privatissimum“ gelesen haben. Unter ausdrücklicher Anerkennung des Fleißes, den er auf das Studium der von unserem Verband herausgegebenen Literatur verwendet, haben wir ihm in aller Freundschaft einige Winke für die richtige Anwendung der so erlangten Kenntnisse gegeben. In völliger Verkennung unserer guten Absicht richtet aber Herr Borsdorf in der „Fachzeitung“ recht unwirksame Worte an unsere Adresse. Das ist nicht schön von ihm. Er will uns über seine Lernbegierde beruhigen und kündigt zugleich eine neue statistische Arbeit an, der er die large Zeit widmet, die ihm sein Beruf als Differenzvermittler der Schlichtungskommission läßt. Wir sind auch über den Fleiß des Herrn Borsdorf völlig beruhigt unsere Sorge ist nur darauf gerichtet, daß er aus dem studierten Material auch die richtigen Schlüsse zieht. Und diese Sorge ist durch sein „notgedrungenes Wort der Entgegnung“ nur noch gesteigert worden. Herr Borsdorf, auf dessen Talente wir so große Hoffnungen gesetzt hatten, hat das ihm gewidmete „Privatissimum“ nur oberflächlich und deshalb nicht richtig gelesen. Das ist schlimm, denn es eröffnet schlechte Aussichten für die Resultate seiner statistischen Studien. Wir müssen deshalb zum Abschied Herrn Borsdorf zu den bereits erteilten Rat-schlägen noch einen weiteren Hinzufügen, nämlich: Dinge, über die man schreiben will, zuvor recht genau zu lesen. Unterläßt man das, dann kann man unter Umständen in ganz heilloser Situationen geraten. Nebenbei bemerkt, geben wir unsere Ratsschlüsse völlig uneigennützig. Wir verzichten deshalb auch von vornherein auf den Dank des Herrn Borsdorf.

**Gewerkschaftliches.**

**Die Gelben.**

Am 23. Mai und die folgenden Tage fand in Saarbrücken die Hauptversammlung des Bundes deutscher Werkvereine statt. An sich können diese gelben Tagungen kein größeres Interesse beanspruchen. Handelt es sich doch bei ihnen nicht um Organisationen ehrlicher Arbeiter, die bestrebt sind, die Lage ihrer Berufs- oder Klassengenossen zu heben. Die Gelben, oder wie sie sich lieber nennen, die Werkvereine, sind eine willenslose Herde von Menschen, die nur auf ihren persönlichen Vorteil bedacht, sich in die physische und geistige Knechtschaft der Unternehmer begeben haben und sich von diesen gegen die eigenen Klassengenossen dirigieren lassen. Wenn auch einflußreiche Kreise die Gelben mit ihrer Sympathie verfolgen und ihre Bestrebungen mit barem Gelde unterstützen, so sind die Werkvereine für die deutsche Arbeiterbewegung trotzdem, oder gerade deshalb, bedeutungslos. Es mag zugegeben werden, daß gewisse Unternehmer mit Hilfe ihrer gelben Garde den Fortschritt der Arbeiterorganisationen, zumal in Krisenzeiten, zeitweilig hemmen können, aber aufhalten können sie ihn nicht.

Wir würden auch die Saarbrücker Tagung der Gelben unbeachtet gelassen haben, wenn sie nicht einige interessante Momente gezeitigt hätte, welche wert sind, festgehalten zu werden. Dazu zählen wir den Umstand, daß sich ein ganzer Schwarm von Gönnern der Gelben eingefunden hatte, nicht. Wir finden es z. B. ganz in der Ordnung, daß ein wirklicher Oberregierungsrat im Auftrage der Provinzialregierung gekommen war, die Gelben „der vollen Sympathien der königlichen Regierungsstellen“ zu versichern. Ebenso natür-

Nach ist es, daß u. a. der gestrenge Generaldirektor der Bierbacher Hütte seinen gelben Lieblingen versichert, daß die Industrie ihren Bestrebungen „sympathisch gegenübersteht“. Daß auch Herr Bassermann erschienen war, um sich gerade hier, in den Kreisen der Wähler, von deren Vertrauen er getragen sein möchte, zu informieren, ist übrigens nicht ganz uninteressant. Wenn sich nationalliberale Führer bei den Gelben über Arbeiterfragen informieren, dann braucht man sich über die sonderbare Weisheit, die diese Herren mitunter im Reichstag zum Besten geben, nicht zu wundern.

Der Druck, den die Scharfmacher ausüben, um ihre Arbeiter den gelben Vereinen zuzutreiben, scheint im verflochtenen Jahre besonders heftig gewesen zu sein. Bei der ungünstigen Wirtschaftslage ist es aber auch zu verstehen, daß mancher Arbeiter, vor die Entscheidung gestellt, ob er mit Weib und Kindern dem Hunger überliefert sein oder den Gelben als Mitglied beitreten will, sich für das Letztere als das kleinere Uebel entscheidet. Das sind dann die sogenannten „Blutapfelsinen“ (außen gelb, innen rot), die in dem gelben Meerbann sehr zahlreich vertreten sind und bewirken, daß bei geheimen Wahlen, auch in Betrieben, die sich eines starken Werkvereins erfreuen, die gelben Kandidaten so jämmerlich abschneiden. In Saarbrücken wurde berichtet, daß der durch den Austritt der Berliner Werkvereine entstandene Verlust von 31 000 Mitgliedern reichlich wettgemacht worden sei, denn der Bund zähle jetzt über 140 000 Mitglieder. Angesichts des Terrorismus, mit welchem für die Gelben agitiert wird, ist diese Zahl durchaus nicht imponierend. Es ehrt die deutsche Arbeiterschaft, daß die Zahl derer, die ihre Selbstachtung für das gelbe Zuckerbrot verkaufen, so gering ist.

Die Pflichten, welche die Mitglieder der Werkvereine übernehmen, sind nicht schwer. An Beiträgen brauchen sie wohl so gut wie gar nichts zu zahlen. Nach dem vorgelegten Kassenericht betragen die Einnahmen 22 105,09 M. Bekanntlich hat der Vorsitzende des Förderungs Ausschusses der Gelben, der General v. Loebell, der übrigens die Exzerziten seiner Getreuen persönlich überwachte, kürzlich zugegeben müssen, daß der Hauptanschluß der Gelben aus den Kassen der öffentlichen Volksversicherung des berühmten Herrn Rapp jährlich 15 000 M. bezieht. Von anderen Gönnern wird wohl auch noch mancher Bagen für die Gelben abfallen; ob da in den 22 105 Mark und 9 Pfennigen Einnahmen überhaupt Mitgliederbeiträge enthalten sind, möchte man fast bezweifeln. Die ganze Kassengebarung der Gelben macht übrigens einen sonderbaren Eindruck. In dem Bericht der „Rehe“, eines gelben Blättchens, heißt es: „In dem von Jakobs (Eisleben) erstatteten Kassenericht betragen die Einnahmen 22 105,09 M. und die Ausgaben 10 333,22 M., so daß sich ein Vortrag von 11 771,77 M. ergibt.“ Selbst wenn ein Vortrag aus dem Vorjahr nicht vorhanden war, oder wenn er in der Summe der Einnahmen enthalten wäre, ergäbe sich bei den angegebenen Einnahmen und Ausgaben ein Ueberschuß von 11 771,77 M. Der Kassierer berichtet aber nur von einem Vortrag von 2786,87 M., der übrig war. Die Gelben scheinen sich auch in ihrer Kassengebarung von der übrigen Menschheit zu unterscheiden.

In der gegenwärtigen Zeit, in welcher die Gewerkschaften in so hohem Maße die Zielscheibe für polizeiliche Verfolgungen sind, interessiert die Stellung der Gelben zur Jugend in höherem Maße. Hierüber unterrichtet die nachstehende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Der Bund deutscher Werkvereine steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Zusammenschluß der Jugend in Jugendabteilungen der Werkvereine gefördert werden muß und empfiehlt allen Jugendabteilungen den engen Anschluß an den Jungdeutschen Landbund.“

Dem gleichen Gedanken gab auch ein Begrüßungsschreiben des Allererfeldmarschalls v. d. Goltz Ausdruck, in welchem dieser den Gelben reichen Erfolg wünscht und zugleich hofft, daß sich zwischen den Gelben und dem Jungdeutschen Landbund ein ersprießliches Zusammenarbeiten ergeben möge.

Wenn der Feldmarschall v. d. Goltz an der gelben Weltgenossenschaft so großes Gefallen findet, so ist das seine eigene Sache. Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. Aber auf ein anderes Moment wollen wir aufmerksam machen. Die Werkvereine haben auch Richtlinien beschlossen. In diesen Richtlinien wird unter anderem ausgeführt: „Bei den politischen Wahlen seien in erster Linie solche Kandidaten zu unterstützen, die der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung freundlich gegenüberstehen.“ Hier ist mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß die Werkvereine sich mit politischen Wahlen beschäftigen wollen. Vielleicht hat der berühmte Doktor juris v. Jagow die Gütte zu entscheiden, ob die Beschäftigung mit politischen Wahlen eine politische Tätigkeit ist. Auch für unsere sonstigen staatsrechtlich denkenden Juristen dürfte diese Frage sehr interessant sein. Wird sie nämlich bejaht, dann sind die gelben Werkvereine politische Vereine; sie müssen dem Vereinsgesetz unterstellt werden, sie könnten den Zusammenschluß der Jugend in Jugendabteilungen der Werkvereine nicht fördern und ihre Freundschaft mit dem Generalfeldmarschall v. d. Goltz könnte schließlich eine Trübung erfahren.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma bietet vielleicht der Satz der Richtlinien, in dem ausgesprochen wird, daß bei politischen Wahlen das Eintreten des Bundes für die Sozialdemokratie ausgeschlossen ist. Das bedeutet eine so

eminent staatsrechtlich haltende Bestimmung, daß es sich schon deshalb verbietet, die Gelben als politische Vereinigung anzusehen und sie den Beschränkungen des Vereinsgesetzes zu unterwerfen. Hoffentlich stellen sich auch unsere Reichstagsgelehrten auf diesen Standpunkt, eingedenk des preußisch-deutschen Rechtsgrundsatzes: „Wenn zwei das selbe tun, dann ist es nicht das selbe.“

### Technisches.

**Technik des Stellmachers.** Als im vorigen Jahre unser Verband zum ersten Male unter obigem Namen eine Fachschrift für die Stellmacher herausgab, sollte dies ein Versuch sein, um festzustellen, wie stark wirklich das Interesse hierfür bei der Kollegenschaft war. Bei der naturgemäß geringeren Auflage mußte der Preis des Heftes notwendigerweise ein höherer sein, als bei dem älteren „Fachblatt für Holzarbeiter“ mit seiner höheren Auflage, die längst die Zehntausend im Monat überschritten hat. Für die Beantwortung des Preises ist allerdings bei beiden Fachblättern zu beachten, daß sie im ganzen Umfange lediglich wertvollen belehrenden Stoff bringen, während in den vorhandenen Fachblättern der Mächterschaft, mit ganz wenigen Ausnahmen, der Text nur als die unvermeidliche Beigabe der für den Verleger weit wichtigeren Inseratenseiten ist und danach behandelt wird. Für den lehrbegierigen Leser ist es natürlich ein Unterschied, ob er für sein gutes Geld billigen Füllstoff oder hochwertigen Originalartikel vorgelegt bekommt. Das Ergebnis des Versuches mit dem ersten Heft der „Technik des Stellmachers“ läßt nun ein endgültiges Urteil noch als verfrüht erscheinen. Von der Auflage ist seither etwa gut die Hälfte abgesetzt worden. Urteile über den Inhalt und Aufbau des Heftes sind leider nur recht wenige zur Kenntnis des Verlages gekommen. Diese wenigen lauteten allerdings befriedigend.

Inzwischen drängen nun aber die Stellmacherkollegen nach einer Fortsetzung, die Vorträge an den Verbandstag forderten sogar vierteljährliches Erscheinen. Der Verbandsvorstand glaubte dem erfreulichen Lernbedürfnis dieser Kollegen nachgeben zu sollen und hat darum beschlossen, dem ersten Versuch einen zweiten folgen zu lassen. So ist denn noch eben rechtzeitig zum Verbandstage das zweite Heft der „Technik des Stellmachers“ erschienen. Diesmal unter der Redaktion des Kollegen Rißner, dem die Zentralkommission der Stellmacher dabei wieder beratend zur Seite stand. Das Heft ist gleich seinem Vorgänger in Form und Ausstattung des „Fachblattes für Holzarbeiter“ gehalten, 24 Seiten stark, und kostet durch den Buchhandel und direkt beim Verlag bezogen 2 M. Verbandsmitglieder erhalten durch die Zahlstellen den Vorzugspreis von 1,50 M. Ein Ueberblick über das Arbeitsgebiet des Stellmachers leitet das Heft ein. Dem folgt ein mit Illustrationen ausgestatteter Artikel von Th. Wolff über „Automobile in alter Zeit“, der zeigt, wie der Gedanke, selbstfahrende Wagen zu schaffen, schon vor langer Zeit die Gemüter bewegte. Emil Fuhrmann schreibt über „Die Herstellung des Wagenrades“. Zwei weitere Abhandlungen erläutern die Grundzüge für den Bau der einzelnen Wagentypen und das Zeichnen des Planes, wobei ausführlich gehaltene Zeichnungen dem besseren Verständnis dienen. H. Mönkemeyer-Berlin behandelt dabei das Simonsen-Bandwägel und Gg. Engelhard-München den Rutschwagen. Schließlich hat sich die Redaktion noch die mühevollen Arbeit gemacht, die bereits vorhandene Fachliteratur des Stellmachers heraus zusammenzustellen und kritisch zu würdigen. Der Leser erhält dadurch eine Uebersicht über diejenigen Fachwerke, deren Anschaffung oder Studium nach seinen jeweiligen Bedürfnissen empfehlenswert ist. Diese Abhandlung sollte besonders von den Bibliothekaren der Zahlstellen beachtet werden, um danach den Bücherbestand zu ergänzen. Als selbstverständlich muß dabei betrachtet werden, daß in jeder Zahlstellendbibliothek zunächst diese beiden Stellmacherhefte ebenso vorhanden sind wie die sämtlichen Jahrgänge des Fachblattes für Holzarbeiter.

Bei der „Technik des Stellmachers“ wird es von der Aufnahme des jetzt vorliegenden zweiten Heftes mit abhängen müssen, inwieweit der Verbandsvorstand dem Verlangen nach häufigerem Erscheinen Rechnung tragen kann.

### Eingefandt.

#### Zur Branchentafel der Riffenmacher.

Zu Ausgang des vorigen Jahres wurde durch ein Rundschreiben der Berliner Branchenleitung angefragt, wie die Kollegen dieser Branche sich zur Abhaltung einer Branchentafel und Gründung einer Zentralkommission stellen. Aus der „Holzarbeiter-Zeitung“ konnte man ja in den nächsten Wochen erfahren, daß in mehreren Zahlstellen unsere Branchenkollegen sich mit dem Rundschreiben in ihren Versammlungen beschäftigt hatten und die Notwendigkeit einer Branchentafel anerkannten. Der Hauptvorstand hat darauf hingewiesen, daß in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zunächst die Gründe für die Abhaltung einer Branchentafel diskutiert werden sollten.

Unser Hamburger Kollege Rowad hat hierauf auch in der Nummer 51 einige Gründe für eine Konferenz angeführt. Wider Erwarten haben die Berliner Kollegen, welche doch zuerst die Anregung gegeben hatten, dieses Beispiel nicht befolgt, sondern sie schlugen in der Nr. 4 der „Holzarbeiter-Zeitung“ schon die provisorische Tagesordnung und als Tagungsort Berlin vor, und ersuchten den Hauptvorstand, auf schnellstem Wege die Genehmigung zur Abhaltung einer Branchentafel zu geben.

Ich denke aber, so schnell ist die Geschichte denn nun doch nicht gemacht. Es hat wohl noch keine Konferenz einer anderen Branche stattgefunden, wo nicht Wochen, ja Monate vorher die Kollegen die Notwendigkeit derselben in der „Holzarbeiter-Zeitung“ diskutiert haben. Soll denn in dieser Hinsicht unserer Branche eine Extrawürde geboten werden? Das können wir nicht verlangen; was andere Branchen gemacht haben, das haben auch wir zu tun.

Daß die Abhaltung einer Branchentafel immer notwendiger wird, weiß ein jeder Kollege, der im Vorder-

grunde der Agitation steht. In erster Linie ist der Zweck der Branchentafel, die Agitation neu zu beleben und sie intensiver zu gestalten. Wir sind tatsächlich in den Großstädten mit der Agitation auf dem toten Punkte angelangt, wenn nicht versucht wird, in den rückständigen Gegenden eine intensivere Agitation zu entfalten. Die Zufuhr von fertigen Riffen nach den Großstädten nimmt immer mehr zu, daher kommt es auch, daß die Lohnbewegungen für uns in den Städten immer schwieriger werden. Eine Branchentafel ist allein schon notwendig, um einmal feste Richtlinien zu legen, zur Gewinnung für unseren jungen Nachwuchs. Man kann wohl behaupten, daß in keiner Branche der Holzindustrie prozentual so viele jugendliche Arbeiter beschäftigt werden als in der Riffenbranche.

Immer mehr wird in der Riffenindustrie der volljährige Arbeiter durch den jugendlichen verdrängt. Leider wird diesen Jugendlichen von den Älteren meistens nicht die nötige Beachtung geschenkt. Wie notwendig es ist, die jugendlichen Arbeitsbrüder, mit dem Eintritt in die Fabrik, über unsere Ziele und Bestrebungen aufzuklären, darauf werden wir in der Praxis fast täglich mit der Nase gestoßen, und welchen Wert es für den Jugendlichen selbst hat, sich früh zu organisieren, weiß nur der zu schätzen, welcher als junger Mensch den Weg zur Organisation gefunden hat.

Auf dem Standpunkt, daß die Riffenmacher keine in sich abgeschlossene Branche sind, kann der Vorstand wohl sehr leicht mehr beharren. Sind wir doch in einem Industrieverband organisiert. Andere Organisationen, wie Fabrik- und Transportarbeiter, haben den Wert der Branchentafeln auch erkannt und haben für verschiedene Branchen Konferenzen stattfinden lassen. Ich könnte noch viele Beispiele anführen, welche für die Abhaltung einer Branchentafel sprechen, will es heute aber hiermit bewenden lassen. Ich hoffe, daß die Kollegen anderer Städte sich nunmehr auch an der Diskussion beteiligen.

Anton Griesm, Hamburg.

### Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2, bezogen werden.

**Unser Garten.** Ein Führer für Haus, Garten und Tierhaltung. Verlag Franzische Verlagshandlung, Stuttgart. Erscheint alle 14 Tage. Abonnement vierteljährlich 1 M. Diese Zeitschrift ist für den Gartenfreund, vor allem für den Schrebergärtner bestimmt und behandelt im Wort und Bild in interessanter Weise Anlage, Aussaat und Pflege des Kleingartens sowie auch die Kleintierzucht.

### Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.) (Früher „Eingeschriebene Hilfskassa“ in Hamburg.)

Einnahme im Mai.

Ueberschuß sandten ein: Dresden A, Coblenz, Offenburg I je 600, Custritz 500, Freiburg i. B., Ludenburg, Ohrenfurt, Rothenburg je 400, Harde, Leipzig I, Leipzig II, Mainz, Würzburg I je 300, Hamburg IV 250, Schaffenburg, Bamberg, Bickendorf, Briß, Brunsbüttelkoog, Düsseldorf, Durlach, Eckenleben, Erlangen, Essen, Herbede, Jena, Konstantz, Lindenwalde, Mendenheim, Osterweddingen, Seltzerhausen, Siegburg, Weimar je 200, Berghofen, Blankenburg i. Th., Oertramstadt, Rathenitzold, Sprottau, Wesseling je 150, Kamitz 125, Adlershof, Baumjüdenweg, Büdingen, Bunzlau, Dessau, Eisingen, Fritzen, Friedrichshagen, Greifenhagen, Güls, Hausen, Helmsdorf, Hussenhofen, Kabel, Kempton, Münden, Nuthlängen, Oshaj, Rudolfsdorf, Ueberfen, Unterhausen, Volkstedt, Wismar je 100, Drais 96,50, Köschbroda 70, Münder, Niederberg je 50 M.

Summe der Ueberschüsse	13 241,50 M.
Beiträge von Einzelmitgliedern	3 285,80
Eintrittsgeld	6,30
Zinsen von Kapitalien	770,—
Sonstige Einnahmen	65,—
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>17 368,40 M.</b>

Ausgabe im Mai.

Zuschuß erhielten: Berlin H 1000, Feit 700, Berlin A, Berlin E, Worms je 600, Nürnberg 500, Bayreuth, Berlin D, Cassel, Dieterheim, Gotha, Halle, Kl.-Friedrich, Mannheim je 400, Weizen 390, Bonn, Hornberg je 350, Barmen, Breslau, Ehrenfeld, Erfurt, Höchst, Kalk, Neckarau, Reinickendorf, Straßburg, Sülz je 300, Mariendorf, Poll, Volkmar, Dorf je 250, Dörnberg, Duisburg, Eßlingen, Frankenthal, Giebichenstein, Gießen, Harburg, Hofheim i. L., Knauthain, Lorch, M.-Gladbach, Neuhofen, Rippurr, Schwesingen, Spandau, Speyer, Stettin, Stadtstadt, Unterbödig, Westhofen b. W., Zeulenroda je 200, Berchtesgaden, Connewitz, Dürtheim, Eberswalde, Eschal, Gera, Göttingen, Heilbrunn, Mülln, Neustadt b. L., Pdr.-Zwehren, Rippes, Dettlingen, Rheindt, Schöneberg, Wahren, Wittenberg je 150, Grünweltersdorf je 100, Friedberg 76, Goldlauter 75, Apolda, Seeheim je 60, Dellbrück, Fackenburg, Gaisberg, Kahl, Kaltensordheim, Zangenberg je 50 M.

Summe der Zuschüsse	23 081,— M.
Krankengeld an Einzelmitglieder	3 308,48
Sterbegeld	187,—
Sonstige Ausgaben	4 248,80
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>30 823,28 M.</b>
Gesamteinnahme	17 368,40 M.
Gesamtausgabe	30 823,28
Abnahme des Vermögens	13 454,88 M.

H. Guck, Hauptkassier.

Anzeigen.

Breslau. Die Herberge befindet sich im Gewerkschaftshaus...

Bremervorhaben. Die zureichenden Kollegen aller Branchen...

Darmstadt. Arbeitsnachweis Bismarckstraße 10. Umfragen streng verboten.

Döbeln. Der Arbeitsnachweis befindet sich Brauhausgasse 11, pt. Umfragen streng verboten.

Erfurt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen für Erfurt und Umgebung...

Frankfurt a. Main. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen im Holzgewerbe...

Geringswalde i. Sa. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen...

Gemein. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Wähler...

Heidelberg. Die Drechsler aller Branchen werden ersucht...

Hünneburg. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen...

Leipzig. Der paritätische Arbeitsnachweis für die Betriebsbranchen...

Mainz. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau...

Nürnberg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau...

Offenbach. Der Arbeitsnachweis befindet sich in der 'Vollharmonie'...

Stuttgart. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art...

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter...

Zentralverba. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich bei...

Zusammenbau. Die zureichenden Kollegen, welche hier in Arbeit...

Richard Bartelt. Tischler, geb. 27. 2. 93 zu Regensburg...

Arno Kämpfe. aus Grotzsch, Buchh. 678 888, hat durch...

Rich. Rob. Sichtenstein. Handwerker, geb. 15. 4. 71 zu...

Zahlstelle Stuttgart. Samstag, den 20. Juni, abends pünktlich 8 Uhr...

Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht, 2. Wahl...

Die Ortsverwaltung. Einige Tischler auf Einzelarbeiten und Tischler...

Die Ortsverwaltung. Herr. Hoyer, Tischlermeister, Rosenburg, Offenbach...

Die Ortsverwaltung. Tischlergesellen falls ein. Adolf Engel, Badew, Rt. Lebus...

Die Ortsverwaltung. Zwei Korbmacher, die gut auf Rohrlische eingestellt sind...

Die Ortsverwaltung. Suche auf sofort 2 tüchtige Korbmacher auf runde grüne...

Die Ortsverwaltung. Herr. Möller, Salzfotten (Wehr.) Markt 14.

Zahlstelle Magdeburg. Am Sonntag, den 28. Juni 1914 Große Dampferfahrt nach Stauß bei Allen.

Einem Tischler und einem Möbelpolierer wird Gelegenheit geboten...

Stuhlpolierer. Der auch betzen kann, für seine Arbeit aufständig gesucht.

Einige tüchtige Polierer auf Mahagoni und Kirschbaum gesucht.

Tüchtige Polierer finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung.

Tücht. Schreiner auf Sofagestelle u. bessere Garnituren gesucht.

Wegen Vergrößerung unfr. Betriebes suchen wir für sofort 5 tüchtige Stuhlbaner...

Tücht. Schreiner auf Sofagestelle u. bessere Garnituren gesucht.

1 bis 2 Drechsler auf Hesse und Griffe sucht.

Tüchtiger Maschinen-Grundrieger sofort gesucht.

Korbmacher auf Reifeförbe u. Rohrarbeit werden sofort gesucht.

Einem Korbmachergehilfen auf Reifeförbe für bald gesucht.

1 Korbmacher auf Matt u. Grüngefäßen wird sofort verlangt.

Suche 2 Korbmacher auf Grüngefäßen und Mattarbeit.

Sofort tüchtiger Korbmacher, nicht unter 25 Jahren...

Korbmacher auf Mattarbeit für dauernd gesucht.

Suche auf sofort 2 tüchtige Korbmacher auf runde grüne...

2 tüchtige Korbmacher auf Reifeförbe per sofort für dauernde Arbeit gesucht.

Jüngerer ordentlicher Korbmacher, hauptsächlich auf Peddigübel...

Gesucht 2 Korbmachergehilfen auf Rohrarbeit (Volltransport- u. Kohlenkörbe).

Gesucht sofort ein junger Korbmacher auf Gefchlagenes und Rohrarbeit.

Drechsler modern eingerichtet, elektr. Betrieb, Wert 2000 Mk.

Tischlerwerkzeuge, anerkannt fabrikt und hält auf Lager.

Tischlerhobelbänke, 200 cm lang feinste Qualität à 50,- Mk.

Wertvoll für jeden Holzarbeiter! Lehrbuch z. Anfertigung Photogr. Apparate...

Leim- u. Furnieröfen fertigen als Spezialität schon von 28 Mk. an.

Alles zur Laubsägerei Kerbschnitt und Holzbrandmateriel liefert allezeit.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 30 Jahren.

Amerik. Werkzeug-Neuheiten. Patent-Schraubenzieher Original Nr. 39...

Laubsägerei Kerbschnitt- u. Holzbrand-Werkz., Holz, Vorlagen usw.

'Fachblatt für Einrahmer und Bergolder' Kreuzband-Abonnement (24 Nr.)...

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband...

Table with columns: Ort, Tischler, Möbelschmied, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows: Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eilenburg, Jost, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, Zusammen, Ver. Woche.

Fachblatt für Holzarbeiter beginnt eine Abhandlung über das Billard von Otto Winkelmüller-Hannover...

Demnächst erscheint im Druck das ausführliche Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages in Dresden.

Julius Treiber, Grimma Kinderwagenfabrik sendet Katalog, auch Ersatzteile, Verdecke, Räder...

Bleistifte u. Maßstäbe 'Sollbarität' mit von Jean Blas, Nürnberg-Stadt.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstkl. techn. u. kunstgewerblich.

Kunstgewerbliche Tischlerischeule Blankenburg, H. 2 Programm frei. Direktor Reineking.

Kunstgew. Tischler-Fachschule Cöthen Erste deutsche Holz- und Poliermeister-Schule.

Tischlerfachschule Detmold. Älteste u. leistungsfähigste Schule. Gepr. 1883.

Tischlerfachschule Jmenau Fach- und Handels-Unterricht Meisterprüfung.

Fachschule Cöthen - Rbt. Stellmacher. Erstklassige technische u. theoretische Lehranstalt.